

# 1 Manifest für eine konsequent 2 feministische Sozialdemokratie

3	100 Jahre und kein bisschen leise .....	2
4	Ökonomische Ausbeutung der Frauen* .....	5
5	Mehrfache ökonomische Ausbeutung der Frau* .....	5
6	Die Arbeitssituation von Frauen* .....	7
7	Arbeit in Branchen mit tiefen Löhnen: „Frauen*-Berufe“ und die sogenannte erklärbare	
8	Lohndifferenz .....	7
9	Arbeit in Branchen mit hohen Löhnen: Die sogenannte nicht-erklärbare Lohndifferenz ..	9
10	Unbezahlte Arbeit .....	9
11	Altersarmut ist weiblich .....	10
12	Frauen* stehen im gegebenen Wirtschaftssystem vor allesamt schlechten Optionen .....	10
13	Forderungen .....	11
14	Sexismus in der heutigen Gesellschaft: Offene und versteckte Unterdrückung .....	16
15	Sexismus ist Herrschaft .....	16
16	Konsequent intersektional .....	18
17	Für eine selbstbestimmte Sexualität .....	19
18	Unser Feminismus ist ein Befreiungskampf .....	20
19	Forderungen: .....	20
20	Frauen, Staat und Grundrechte .....	22
21	Historischer Ausschluss – Frauen als Staatsbürgerinnen .....	22
22	Politische Partizipation und Einflussnahme .....	22
23	Staatsmonopol und Grundrechte .....	22
24	Feministische Friedenspolitik .....	23
25	Forderungen «Frauen, Staat und Grundrechte» .....	24
26	Feministische Kritik an der SP Schweiz .....	27
27	Forderungen: .....	28
28		
29		

# 1 100 Jahre und kein bisschen leise

2 Wer glaubt, die SP Frauen\* seien vor 100 Jahren einfach so aus dem Nichts entstanden, irrt  
3 gewaltig. Schon die Gründung der "Frauenagitationskommission" innerhalb der  
4 sozialdemokratischen Partei 1917 enthielt alle inneren und äusseren Konfliktlinien, die uns  
5 heute noch beschäftigen. Schon zu Beginn ging es um den Platz und Stellenwert der SP  
6 Frauen: Dürfen sie sich vor allem um „Frauenanliegen“ kümmern? Oder geht es darum,  
7 dass Frauen gleiche Rechte bekommen wie Männer? Oder darum, die Gesellschaft  
8 grundsätzlich zu verändern?

9

10 Die SP Frauen\* sind 100 Jahre alt - die Arbeiterinnenbewegung, aus der sie entstanden  
11 sind, ist aber viel älter.

12

13 Die Gewerkschaftsbewegung des 19. Jahrhunderts war kein Ort der Emanzipation der  
14 Frau.<sup>1</sup> Frauen wurden als Konkurrentinnen auf dem Arbeitsmarkt verstanden, und von  
15 gewerkschaftlichen Bewegungen mehrheitlich ausgeschlossen. Statt gleicher Lohn für  
16 gleiche Arbeit wollten die Gewerkschaften gute Ernährerlöhne, damit die Frauen zu Hause  
17 bleiben können. Auch wurde die Arbeit der Frauen ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt  
18 der Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrachtet. Damit unterschied sich das Bild, welches  
19 die Genossen von den Frauen hatten, kaum von jenem der Bürgerlichen.

20

21 Trotz aller Widrigkeiten organisierten sich die Arbeiterinnen im 19. Jahrhundert und  
22 schlossen sich um 1904 dem schweizerischen Gewerkschaftsbund an. Später wurden die  
23 Arbeiterinnenvereine in die SP eingegliedert und trotz steigender Mitgliederzahlen 1917  
24 aufgelöst. Als Ersatz schuf die Partei die «Frauenagitationskommission», und damit die SP  
25 Frauen.

26

27 Der Beginn war also eine Einbindung und Zähmung. Das stereotype Rollendenken durchzog  
28 alle Lebensbereiche, auch die linke sozialistische Bewegung, doch blieb dies für die  
29 Genossen unsichtbar. Sie interessierten sich für die Gleichberechtigung vor allem vor dem  
30 Hintergrund, ob sie der Partei nützlich sein könnte oder nicht. Zudem wurden den SP  
31 Frauen\* immer wieder "Frauenthemen" delegiert, um die sie sich aufgrund "ihrer Natur"  
32 kümmern sollten. "Von den Frauen für die Frauen" sozusagen.

33

34 Dabei war für die sozialistischen Arbeiterinnen anfangs des 20. Jahrhunderts Frauen- und  
35 Familienpolitik kein Schwerpunkt. Das Frauenstimm- und Wahlrecht zum Beispiel war für sie  
36 - im Gegensatz zu den bürgerlichen Frauen - keine Priorität. Sie kämpften für den  
37 Sozialismus und gegen die Ausbeutung, und damit für eine gerechte Welt, in der die  
38 Gleichstellung selbstverständlich sein würde. Sie erachteten die politischen Rechte als  
39 inhaltlos, weil sie die grundlegenden Ungerechtigkeiten und die systematischen  
40 Ausbeutungsverhältnisse nicht beseitigten.

41

42 1917 war das Jahr der russischen Revolution, die dann in Russland auch tatsächlich dem  
43 Frauenstimmrecht zum Durchbruch verhalf. Im Nachgang des ersten Weltkriegs wurden

---

<sup>1</sup> <http://www.woz.ch/dossier-generalstreik/brot-geld-und-frauenstimmrecht>, gesehen am 7.6.2017

1 auch den Frauen in anderen Ländern politische Rechte zugestanden. Damit wurde das  
2 Thema auch für die Genossinnen aktuell. Gleichzeitig waren in den Wirren des Krieges  
3 vermehrt die Sorgen der Mütter und Hausfrauen im Zentrum der Forderungen der SP  
4 Frauen. Das stereotype Rollendenken kam auch den Genossinnen während ihrer 100-  
5 jährigen Geschichte oft in die Quere.

6

7 Auch wenn es immer starke und kämpferische Frauen gab, so gab es bei den SP Frauen als  
8 Organisation unterschiedliche Dynamiken. Mal angepasster, mal wilder. Mal dem Bild und  
9 der Rolle der Frau in der Gesellschaft entsprechend, mal umstürzlerisch und fordernd. Eine  
10 ganz neue Energie bekamen die SP Frauen in den Siebzigern, als viele Frauen aus der  
11 feministischen Bewegung den SP Frauen beitraten.

12

13 Die SP-Frauen stellten daraufhin die Frage, was politische Macht ist und wer sie für welche  
14 Zwecke ausüben darf, auch innerhalb der Partei. Die Folge waren jahrzehntelangen Kämpfe  
15 zwischen SP Frauen und der Partei, in denen die Frauen viel Bewegung in die SP brachten  
16 und die Partei immer wieder von links angriffen.

17

18 Aber auch nach aussen wirkten die SP Frauen. Sie prägten viele Debatten rund um die  
19 Gleichstellung der Frauen und für eine feministische Gesellschaft. Sie taten dies frech und  
20 witzig und unmissverständlich. Höhepunkte waren der Frauenstreiktag und die Proteste rund  
21 um die Nicht-Wahl von Christiane Brunner anfangs der Neunziger. Momente, in denen breite  
22 Bevölkerungsschichten mobilisiert werden konnten und für Gleichstellung auf die Strasse  
23 gingen. Doch nicht nur das: Viele gleichstellungspolitische Erfolge sind mit dem Verdienst der  
24 SP Frauen. Die Einführung der AHV, das Frauenstimmrecht, die Abtreibungsrechte, die  
25 Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe und der Gleichstellungsartikel wären ohne die  
26 politische Arbeit der SP Frauen so nicht eingeführt worden.

27

28 Entlang ihrer Geschichte bewegten sich die SP Frauen stets im Spannungsfeld zwischen  
29 "Frauen- und Familienpolitik" einerseits und einer grundsätzlichen Veränderung der  
30 Gesellschaft andererseits. Dies ist und war nicht nur ein Gegensatz, sondern auch ein sich  
31 bedingendes Duo: Eine gesellschaftliche Veränderung - in den Worten der Genossinnen von  
32 vor 100 Jahren wäre dies Freiheit, Brot und Frieden für alle - gibt es nur, wenn die  
33 Gleichberechtigung der Frauen\* konsequent umgesetzt wird. Oder anders gesagt: Die SP  
34 Frauen\* sind (auch) heute feministisch und das heisst es geht darum, die Rolle der Frauen\*  
35 in der Gesellschaft zu verändern, die Interessen der Frauen\* durchzusetzen, Sexismus zu  
36 bekämpfen und die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und Machtstrukturen zu  
37 verändern.<sup>2</sup>

38

39 Das vorliegende Positionspapier widmen wir all den Frauen\*, die sich in den letzten 100  
40 Jahren und zuvor, unermüdlich und unter gefährlichsten Umständen, in der linken  
41 Arbeiterinnenbewegung und bei den SP Frauen\* für die Gleichstellung der Geschlechter und  
42 eine tatsächliche bessere Welt einsetzten.

43

44 Sie taten dies, indem sie immer wieder die Machtfrage stellten. Dies wollen wir im folgenden  
45 Positionspapier auch tun – und zwar im Sinne der Geschichte der SP Frauen: Es sind dies

---

<sup>2</sup> Siehe Amlinger, Fabienne (2014): Im Vorzimmer zur Macht? Die Frauenorganisationen der SPS, FDP und CVP (1971 bis 1995).

- 1 konkrete Forderungen, aber auch langfristige Visionen. Wir zeigen einige aus feministischer
- 2 Sicht prioritäre politische Felder auf und stellen die sich darin auszeichnenden
- 3 Machtstrukturen in Frage.
- 4
- 5

# 1 Ökonomische Ausbeutung der Frauen\*

## 2 Mehrfache ökonomische Ausbeutung der Frau\*

3 Frauen\* arbeiten in ihrem Leben gleichviel oder mehr als Männer.<sup>3</sup> Trotzdem verdienen sie  
4 massiv weniger als das andere Geschlecht und kontrollieren im Vergleich kaum Vermögen:  
5 Weltweit erhalten Frauen\* weniger als einen Viertel des Erwerbseinkommens,<sup>4</sup> vom  
6 Kapitaleinkommen gar nicht zu sprechen, da sie nur 1% des Vermögens kontrollieren.<sup>5</sup> Aber  
7 auch in den entwickelten Industrieländern ist der langsame Trend zu mehr ökonomischer  
8 Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern schon seit längerem steckengeblieben, und die  
9 Schweiz ist dabei keine Ausnahme: Von den Vermögen kontrollieren Frauen\* in der Schweiz  
10 keinen Zehntel<sup>6</sup> und vom gesamten Einkommen erhalten sie weniger als ein Viertel. Und  
11 damit nicht genug: Über ein Drittel aller in Vollzeit arbeitenden Schweizer Frauen\* verdient  
12 weniger als 4000 Franken pro Monat und gerade mal 7.5% verdienen mehr als 8000 CHF  
13 pro Monat. Gerade umgekehrt ist es bei den Männern: Hier verdienen sogar mehr Männer  
14 (über 16%) über 8000 CHF als solche, die für Tieflohne unter 4000 CHF arbeiten (weniger  
15 als 14%).<sup>7</sup>  
16 Eigentlich ist das unlogisch: Wenn Frauen\* doch gleich viel oder mehr arbeiten als Männer,  
17 wieso haben sie dann weniger Geld? Die Unterschiede sind nicht zufällig, sondern lassen  
18 sich aus der Funktionsweise unseres wirtschaftlichen Systems heraus verstehen: Während  
19 die meisten Menschen zur Sicherung ihrer Existenz davon abhängig sind, ihre Arbeitskraft

---

<sup>3</sup> Bundesamt für Statistik (2016): *Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit*, online verfügbar unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/unbezahlte-arbeit.assetdetail.304755.html> (zuletzt geprüft: 7. Juli 2017). Darin werden für die Erhebungsjahre 1997, 2000, 2004, 2007, 2013 folgende Mittelwerte ersichtlich:

- Frauen Gesamtarbeitszeit (bezahlte und unbezahlte Arbeit) 15- bis 63/64 Jahre: 52.68h pro Woche
- Männer Gesamtarbeitszeit (bezahlte und unbezahlte Arbeit) 15- bis 63/64 Jahre: 52.93h pro Woche
- Frauen Gesamtarbeitszeit (bezahlte und unbezahlte Arbeit) ab 64/65 Jahren: 27.87h pro Woche
- Männer Gesamtarbeitszeit (bezahlte und unbezahlte Arbeit) ab 64/65 Jahren: 21.75h pro Woche

<sup>4</sup> <http://www.unwomen.org/en/what-we-do/economic-empowerment/facts-and-figures>

<sup>5</sup> [http://www.huffingtonpost.com/2011/09/19/women-make-only-1-percent-wealth\\_n\\_969439.html](http://www.huffingtonpost.com/2011/09/19/women-make-only-1-percent-wealth_n_969439.html)

<sup>6</sup> Da es keine schweizerische Statistik des Bundesamtes für Statistik zum Vermögen nach Geschlecht gibt, muss die Berechnung via Extrapolation erfolgen:

- Firmen kontrollieren einen Grossteil des Vermögens in der Schweiz, Frauen\* sind aber nur zu 6% in den Firmenspitzen vertreten, siehe z.B.: <http://www.20min.ch/finance/news/story/25135518> (zuletzt geprüft: 12. Juli 2017)

- Das Vermögen der 300 Reichsten der Schweiz wird 2016 auf 613 Milliarden CHF geschätzt, davon kontrollieren Frauen rund 20 Milliarden CHF, also knapp 3.5%, siehe <http://www.bilanz.ch/300-Reichste-live> (zuletzt geprüft: 12. Juli 2017). Es ist anzunehmen, dass sich dieses Verhältnis bei den restlichen Personen mit hohem Vermögen nicht bedeutend ändert.

- Frauen halten im Jahr 2014 nur 30% der gesamten Altersguthaben in den Pensionskassen (66 Milliarden CHF von 219 Milliarden CHF) (<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/soziale-sicherheit/berufliche-vorsorge/beitraege.assetdetail.2905802.html>, zuletzt geprüft am 12. Juli 2018).

Das heisst, der Anteil des Vermögens bei Personen mit tieferem und mittlerem Einkommen ist zu gering, um die sehr tiefe Kontrolle bei Firmenvermögen und bei grossen Vermögen so zu kompensieren, dass es mehr als 10% werden.

<sup>7</sup> Bundesamt für Statistik (2016): *Häufigkeitsverteilung (monatlicher Nettolohn), Voll- und Teilzeitbeschäftigte nach Lohnhöhenklassen - Privater und öffentlicher Sektor zusammen – Schweiz*, online verfügbar unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/tabellen.assetdetail.327851.html> (zuletzt geprüft: 12. Juli 2017). Der dargestellte Zeitraum ist: 2006, 2008, 2010, 2012, 2014.

1 gegen Lohn zu verkaufen, gibt es einige wenige, welche Eigentum besitzen und davon leben  
2 können. Diese beiden gesellschaftlichen Gruppen haben entgegengesetzte Interessen: Das  
3 Interesse an anständigen Löhnen und Arbeitszeiten. Ersterer steht dem Interesse Letzterer  
4 daran, mit ihrem Eigentum höheren Mehrwert erzielen zu können, gegenüber. Dieser  
5 Konflikt findet nicht im leeren Raum statt, sondern innerhalb einer Gesellschaft, in welcher  
6 zum Beispiel zwischen biologischen Geschlechtern und zwischen Menschen verschiedener  
7 Hautfarben unterschieden wird. Solche gesellschaftlichen Trennlinien ermöglichen  
8 Machtgefälle, die im allgemeinen Konflikt zwischen den Vielen und den Wenigen zum  
9 Tragen kommen. Die historische Benachteiligung der Frauen\* (und auch der Nicht-Weissen,  
10 und somit insbesondere der nicht weissen Frauen\*) wird durch diese Konstellation immer  
11 weiter reproduziert und die Arbeitskraft der Frauen\* mehrfach ausgebeutet: Erstens arbeiten  
12 Frauen\* in oft grotesk unterbezahlten Berufen mit schwierigen bis prekären  
13 Arbeitsbedingungen, gerade im Bereich so genannter Care-Arbeit, zum Beispiel in der  
14 Pflege von kranken oder alten Menschen. Zweitens leisten Frauen\* den grössten Anteil der  
15 unbezahlten Erziehungs-, Betreuungs-, Haus- und Familien-Arbeit. Während es ohne diese  
16 Reproduktions- und Care-Arbeit gar nicht möglich wäre, als 100% Lohnarbeit eine Anzahl  
17 von 42 Stunden pro Woche fest zu setzen, gelten diese Tätigkeiten meist nicht einmal als  
18 eigentliche Arbeit.<sup>8</sup> Drittens werden Frauen\* auch dann schlechter bezahlt als Männer\*,  
19 wenn sie in Hochlohn-Berufen arbeiten. Etwa leistungsorientierte Lohnsysteme, Boni und

---

<sup>8</sup> Im feministischen Diskurs wird sowohl mit dem Begriff der Reproduktions-, wie auch mit jenem der Care-Arbeit operiert. In diesem Papier kann keine umfassende Abhandlung über diese beiden Begriffe gegeben werden, denn das würde den Rahmen sprengen. Jedoch sei hier eine grobe Erklärung gegeben: Als Reproduktionsarbeit auf der einen Seite werden all jene Tätigkeiten bezeichnet, die nötig sind, damit das aktuelle System unserer auf Lohnarbeit basierten Gesellschaft aufrechterhalten werden kann. Der springende Punkt ist dabei, zum Ausdruck zu bringen, dass dieses System sich nicht einfach von selbst aufrecht erhält, sondern dass darin Arbeit steckt. So bedeutet es etwa Arbeit, Nahrungsmittel zu produzieren und diese zuzubereiten, es bedeutet Arbeit, den Haushalt zu führen, Kleider zu waschen, Kinder gross zu ziehen, etc. Ein Teil dieser Arbeit ist damit verbunden, Fürsorge zu leisten, so reicht es etwa nicht, Kinder nur essen und ein Dach über dem Kopf bereit zu stellen, sie brauchen auch emotionale Zuwendung, um zu Menschen heran zu wachsen, die später innerhalb der Wirtschaft und allgemein selbstbewusst auftreten können. Ähnlich ist es mit der Pflege schwer kranker Menschen: Es reicht nicht, sie nur medizinisch zu versorgen, sie brauchen auch Zuwendung, um wieder gesunden zu können. Andere Aspekte der Reproduktionsarbeit sind hingegen nicht mit der Fürsorge verbunden, zum Beispiel den Umzug vorzubereiten, oder Lebensmittel herstellen. Unter Care-Arbeit werden dagegen Tätigkeiten verstanden, welche sich inhaltlich dadurch auszeichnen, dass sie mit Fürsorge zu tun haben. Das heisst, der Begriff ist inhaltlich bestimmt. Wie schon gesehen sind wichtige Teile der Reproduktionsarbeit, also der Arbeit die nötig ist, um die Gesellschaft aufrecht zu erhalten, Care-Arbeit, zum Beispiel eben die Betreuung von Kindern. Der Begriff der Care-Arbeit besagt dabei, dass solche Reproduktions-Tätigkeiten nicht rein mechanisch sind, sondern von jenen Menschen, die sie ausführen, emotional und psychisch viel abverlangt. Jedoch zielt der Begriff der Care-Arbeit auch über die Reproduktion der Gesellschaft hinaus indem er normativ sagt: Als Gesellschaft von Menschen ist Fürsorge und Zuwendung doch nicht nur ein Mittel zum Zweck der Aufrechterhaltung eines Wirtschaftssystems. Vielmehr ist Care ein Wert an sich, etwas also, was wir als Gesellschaft herstellen (also produzieren) sollten, nicht nur ein Mittel zum Zweck (Reproduktion). In den gegebenen Verhältnissen kann das zum Beispiel heissen, dass wir zum Beispiel alte oder chronisch oder tödlich kranke Menschen nicht einfach sich selbst überlassen, sondern dass es notwendige gesellschaftliche Arbeit ist, diese zu betreuen und ihnen so ein den Umständen entsprechend gutes Leben zu ermöglichen. Langfristig gesehen aber zielt der Begriff von Care in seiner Stossrichtung über die gegebenen Verhältnisse hinaus und besagt: Da wir Menschen sind und da das sich um sich und einander sorgen stark zu uns gehört brauchen wir eine andere Wirtschaft und eine andere Gesellschaft, wo der Mensch und seine Bedürfnisse, und nicht der Profit im Mittelpunkt steht. In diesem Papier werden beide Begriffe verwendet, da es uns hier um beide Aspekte geht: Einerseits aufzuzeigen, dass die ökonomische Relevanz der Arbeit, welche oft Frauen\* ausführen, unterschätzt wird und die Frauen\* unter anderem daher nur ungenügend an den Früchten der gesamtgesellschaftlichen Arbeit beteiligt werden und somit weniger Lohn, weniger Vermögen und oft auch weniger freie Zeit haben. Andererseits argumentieren wir, dass es zu wenig gesellschaftliche Anerkennung für die Wichtigkeit des Gutes der Sorge um sich und um andere gibt.

1 Gratifikationen wirken sich für die Lohnungleichheit ungünstig aus, auch im öffentlichen Dienst.  
2 Je mehr die Lohnhöhe zur Verhandlungssache wird, desto weniger verdienen Frauen\* im  
3 Vergleich zu den Männern\* in derselben Position. Dabei sind auch doppelte Standards das  
4 Problem: Verhandeln Frauen fordernd, gelten sie als aggressiv und unsympathisch,  
5 verhandeln sie nur wenig, wird ihnen Schwäche vorgehalten. In beiden Fällen resultiert für  
6 sie meist kein guter Lohn.<sup>9</sup> Viertens verdienen Frauen insgesamt weniger, sobald sie  
7 heiraten und die Lohnungleichheit vergrössert sich zusätzlich, sobald die Frau Kinder hat.  
8 Bei Männern haben Zivilstand und Familie keinen negativen Einfluss auf die  
9 Lohnentwicklung.<sup>10</sup> Fünftens leisten Frauen\* nach Ende des Erwerbslebens ab 64/65 Jahren  
10 mehr (meist unbezahlte) Arbeit als Männer\* und sind auf Grund der Verhältnisse während  
11 den Jahren der Erwerbsarbeit gleichzeitig ärmer als Männer\*.  
12

### 13 Die Arbeitssituation von Frauen\*

#### 14 Arbeit in Branchen mit tiefen Löhnen: „Frauen\*-Berufe“ und die 15 sogenannte erklärbare Lohndifferenz

16  
17 Die Arbeit, die in unserer Gesellschaft geleistet wird, ist zwischen Frauen\* und Männern\*  
18 ungleich verteilt. Schon die Unterscheidung in typische Frauen\*- und Männer\*berufe zeigt  
19 die unterschiedliche gesellschaftliche Anerkennung dieser Arbeiten zu Lasten der Frauen\*.  
20 Frauen\* arbeiten einerseits eher in Berufen, die verbunden sind mit Fürsorge, etwa in der  
21 Pflege, der Betreuung, der Erziehung (die so genannte Care-Arbeit). Andererseits üben sie  
22 oft Tätigkeiten aus, die als nicht so komplex und wertvoll angesehen werden von der  
23 Gesellschaft, zum Beispiel Assistentin oder Verkäuferin. Viele dieser Tätigkeiten  
24 entsprechen den äusserlichen Zuschreibungen auf Frauen\*, wie etwa Fürsorglichkeit und  
25 administrative Zuverlässigkeit. Diese Leistungen werden in unserer Gesellschaft zwar  
26 geschätzt, jedoch als selbstverständlich betrachtet, weil diese angeblich natürlich Frauen  
27 angeboren sind und dementsprechend auch weniger belohnt.  
28

29 Abgesehen davon, dass es äusserst problematisch ist, zu behaupten, Frauen\* und Männer\*  
30 hätten, als durch ihr Geschlecht definierte Gruppen, von Natur aus unterschiedliche  
31 Eigenschaften, bleibt dabei ungesehen dass gerade in solchen „typischen Frauen\*  
32 Berufen“ der Komplexitätsgrad oft sehr hoch ist: Die meisten Arbeiten sind nicht nur mit  
33 physischer und mentaler, vor allem emotionaler, Belastung verbunden, es findet auch eine  
34 mehrfach Belastung statt, wo vieles gleichzeitig im Kopf behalten werden muss damit am  
35 schluss alles funktioniert.  
36

37 Der Verlust an Gehalt pro Monat von Frauen, welcher (neben einigen anderen Faktoren wie  
38 Bildungsgrad und Dienstalder,) in hohem Ausmass darauf zurückgeht, dass Frauen\*  
39 mehrheitlich in solchen „Frauen-Berufen“ arbeiten, wird im Fachjargon „erklärbare“

---

<sup>9</sup> <http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/karriere/Frauen-stecken-in-der-Falle-/story/25084865>

<sup>10</sup> Siehe [http://www.ffg.zh.ch/internet/justiz\\_innere/ffg/de/erwerbsleben/lohnungleichheit/lohnstudie.html](http://www.ffg.zh.ch/internet/justiz_innere/ffg/de/erwerbsleben/lohnungleichheit/lohnstudie.html)

1 Lohndifferenz<sup>11</sup> genannt und betrug im Jahr 2012 10.6%.<sup>12</sup> Diese Begrifflichkeit ist jedoch  
2 problematisch, weil sie als „erklärbar“ bezeichnet wird. Jedoch beruht dieser „erklärbare“  
3 Lohnunterschied auf Ursachen, die keineswegs „natürlich“ oder gegeben sind, sondern  
4 insbesondere auf folgende zwei Gesellschaftsverhalten: Erstens wird in unserer Gesellschaft  
5 eine klare Differenz zwischen so genannt weiblichen und so genannt männlichen  
6 Fähigkeiten unterstellt wird, obwohl es wissenschaftlich hoch umstritten ist, dass es diese  
7 Differenz tatsächlich gibt) Zweitens werden die "typischen weiblichen" Fähigkeiten als  
8 weniger wertvoll erachtet, weil sie als selbstverständlich und weniger produktiv angesehen  
9 werden. Auf Grundlage solcher Definitionen heisst es zum Beispiel oft Frauen\* würden sich  
10 die "falschen" Berufe aussuchen und daher selbstverschuldet weniger verdienen.  
11 Die Branchen in denen Frauen\* verstärkt tätig sind, sind historisch gar nicht oder nur wenig  
12 gewerkschaftlich organisiert (zum Beispiel: Organisationsgrad von 7 % in der Pflege,  
13 entgegen 70% auf dem Bau) und das hat vielerlei Gründe. Historisch war nämlich die  
14 Mitgliedschaft der Gewerkschaften über lange Zeit hinweg stark männlich geprägt. Die  
15 Vorstellung der Gewerkschaften war es in erster Linie, den Ernährer-Lohn zu stärken, und  
16 damit der Frau zu ermöglichen, zu Hause zu bleiben. Es ist daher auch kein Zufall, dass sich  
17 beispielsweise der VPOD gegen die Zulassung von Frauen als Tramführerinnen gewehrt  
18 hat. Frauen galten in dieser Lesart eben auch als Konkurrenz. Überdies sind  
19 Gewerkschaften keine Inseln, und so findet sich auch dort die allgemeine gesellschaftliche  
20 Differenzierung zwischen Frau\* und Mann\* und damit die entsprechende ungleiche  
21 Bewertung wieder. Des Weiteren gab und gibt es weiterer Ursache für den niedrigen  
22 Organisationsgrad bei Frauen\*berufen u.a. 1) prekäre Beschäftigungsverhältnisse die zu  
23 einem erhöhten Personalaufwand für Gewerkschaften führen/führten, 2) geringe zu  
24 erwartende Mitgliederbeiträge, weil viele Frauen\* in diesen Berufen Teilzeit und oder sehr  
25 prekär angestellt sind, 3) historisch fehlende gewerkschaftliche Tradition, weil Care-Arbeit  
26 privat im Haushalt erledigt wurde oder die Spitäler in öffentlicher Trägerschaft waren und 4)  
27 die Organisierung der Frauen\* lange Zeit nicht im machtpolitischen Interesse war im  
28 Vergleich zu typischen Männerbranchen, die massgeblichen Anteil an der Wortschöpfung.  
29  
30 So kam es, dass Entwicklungen im Arbeitsmarkt, die im stärkeren Ausmass Frauen\*  
31 betreffen, zum Teil zu spät wahrgenommen wurden. Zum Beispiel der Trend zur  
32 Privatisierung von und Gewinnorientierung in Spitälern, Alters- und Pflegeheimen. Dadurch  
33 kam und kommt es zu unzumutbaren Arbeitssituationen für Frauen\*: Neben der geringen  
34 Entlohnung verlangen die Unternehmer\*innen zunehmend eine enorme Flexibilität und

---

<sup>11</sup> In der Analyse der Lohnstrukturerhebung 2012 des Bundesamts für Statistik wurden die folgenden Ursachen der Lohndifferenz zwischen Frauen\* und Männern\* als objektiv nachvollziehbar bezeichnet:

- Qualifikationsmerkmale (Alter, Dienstalter, Ausbildung)
- persönlicher Merkmale (Zivilstand, Nationalität)
- arbeitsplatzbezogene Merkmale (berufliche Stellung, ausgeübter Beruf),
- unternehmensspezifische Merkmale (Unternehmensgrösse, Branchenzugehörigkeit, Region) und
- weitere lohnrelevante Merkmale (Beschäftigungsgrad, zusätzliche Lohnbestandteile wie Boni etc.)

Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG für Statistik (2016): *Analyse der Löhne von Frauen und Männern anhand der Lohnstrukturerhebung 2012. Schlussbericht*. Im Auftrag von: Bundesamt für Statistik BFS, Abteilung Wirtschaft Sektion Löhne und Arbeitsbedingungen. Autorinnen: Silvia Strub, Dr. Aurélien Abrassart, Livia Bannwart und Thomas Oesch. Online verfügbar unter:

[www.buerobass.ch/pdf/2016/BFS\\_2016\\_LohnanalysenLSE2012.pdf](http://www.buerobass.ch/pdf/2016/BFS_2016_LohnanalysenLSE2012.pdf) (zuletzt geprüft: 13. Juli 2017), S. 44.

<sup>12</sup> Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG für Statistik (2016): *Analyse der Löhne von Frauen und Männern anhand der Lohnstrukturerhebung 2012. Schlussbericht*. Im Auftrag von: Bundesamt für Statistik BFS, Abteilung Wirtschaft Sektion Löhne und Arbeitsbedingungen. Autorinnen: Silvia Strub, Dr. Aurélien Abrassart, Livia Bannwart und Thomas Oesch. Online verfügbar unter:

[www.buerobass.ch/pdf/2016/BFS\\_2016\\_LohnanalysenLSE2012.pdf](http://www.buerobass.ch/pdf/2016/BFS_2016_LohnanalysenLSE2012.pdf) (zuletzt geprüft: 13. Juli 2017), S. II.

1 generieren durch vermeintliche Effizienzsteigerungsmassnahmen eine  
2 gesundheitsschädigende Arbeitsbelastung. Ein Protest gegen solche Zustände, wie wir sie  
3 schon auf Baustellen und in Industrie-Betrieben gesehen haben, ist auf Grund des niedrigen  
4 gewerkschaftlichen Organisationsgrades und der Nichtbeachtung von gewerkschaftlicher  
5 Seite in der privaten Pflege bisher nur schwierig zu bewerkstelligen. Der Arbeitnehmer-  
6 Schutz, den die Gewerkschaften in Branchen typischer Männerberufe erreichen konnten und  
7 welcher die schlimmsten kapitalistischen Ausuferungen teilweise verhindern kann, ist daher  
8 in vielen „Frauen\*-Berufen“ ungenügend.

## 9 Arbeit in Branchen mit hohen Löhnen: Die sogenannte nicht-erklärbare 10 Lohndifferenz

11 Auch jene, verhältnismässig wenigen, Frauen\*, welche in gutbezahlten Branchen arbeiten  
12 und keine Kinder oder Angehörige zu pflegen haben, respektive deren finanzielle  
13 Verhältnisse es erlauben, dass diese Arbeit ausgelagert werden kann, sind grossen  
14 Benachteiligungen unterworfen. Auf dem bezahlten Arbeitsmarkt sind in den meisten  
15 gutbezahlten Branchen und Kaderstufen vor allem Männer\* anzutreffen, die bisher  
16 strukturell Frauen\* nur erschwert zulassen. Durch informelle Strukturen, in die Frauen\*  
17 historisch (Männerbünde) oder physisch (Herrenklo) keinen Zutritt haben, stossen sie häufig  
18 früher oder später an eine gläserne Decke. Diese wird verstärkt durch das Beharren auf  
19 Strukturen, die lange Zeit normal waren, durch mehr Diversität jedoch zwangsläufig  
20 Veränderung erfahren müssten. Eine Änderung von Unternehmenskultur bedarf vieles und  
21 die Widerstände dagegen sind gemeinhin gross. Und selbst wenn sich Frauen\* allen  
22 Widerstände zum Trotz eine Karriere erarbeitet haben, entgeht auch Ihnen am Ende meist  
23 die volle Anerkennung dafür. Denn diese Frauen\* verdienen bei gleicher Qualifikation und  
24 gleichem Beruf im Durchschnitt 7.7 Milliarden Franken oder 8.3%<sup>13</sup> weniger pro Jahr. Diese  
25 sogenannt „nicht-erklärbare“ Lohndifferenz<sup>14</sup> gibt es nur, weil Frau\* Frau\* ist und Frauen\*  
26 von der Gesellschaft als weniger wertvoll angesehen werden.

## 27 Unbezahlte Arbeit

28 Frauen führen, aber nicht nur innerhalb des Arbeitsmarktes oft schlechter bezahlte  
29 Tätigkeiten aus, sondern sie leisten auch den deutlich überwiegenden Teil der  
30 überlebenswichtigen aber unbezahlten Arbeit in Haushalt, bei der Betreuung von Kindern  
31 und der Pflege von Angehörigen aus: Gemäss dem Bundesamt für Statistik leisteten die

---

<sup>13</sup> Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG für Statistik (2016): *Analyse der Löhne von Frauen und Männern anhand der Lohnstrukturhebung 2012. Schlussbericht*. Im Auftrag von: Bundesamt für Statistik BFS, Abteilung Wirtschaft Sektion Löhne und Arbeitsbedingungen. Autorinnen: Silvia Strub, Dr. Aurélien Abrassart, Livia Bannwart und Thomas Oesch. Online verfügbar unter:

[www.buerobass.ch/pdf/2016/BFS\\_2016\\_LohnanalysenLSE2012.pdf](http://www.buerobass.ch/pdf/2016/BFS_2016_LohnanalysenLSE2012.pdf) (zuletzt geprüft: 13. Juli 2017), S. I.

<sup>14</sup> Im Unterschied zur oben ausgeführten so genannt erklärbaren Lohndifferenz ist hier nun also die Rede von Unterschieden, die "nicht erklärt werden [können] durch strukturelle Unterschiede", wobei strukturelle Unterschiede, wie oben ausgeführt, definiert werden als "Unterschiede bezüglich Qualifikation (Alter, Dienstalter, Ausbildung), persönliche Merkmale (Zivilstand, Aufenthaltsstatus), berufliche Stellung und ausgeübtem Beruf (vertikale bzw. horizontale Segregation), Branchenzugehörigkeit, Unternehmensgrösse, regionale Unterschiede oder unterschiedlichen Zugang zu Stellen mit zusätzlichen Entlohnungsmerkmalen wie Zulagen, Boni etc." Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG für Statistik (2016): *Analyse der Löhne von Frauen und Männern anhand der Lohnstrukturhebung 2012. Schlussbericht*. Im Auftrag von: Bundesamt für Statistik BFS, Abteilung Wirtschaft Sektion Löhne und Arbeitsbedingungen. Autorinnen: Silvia Strub, Dr. Aurélien Abrassart, Livia Bannwart und Thomas Oesch. Online verfügbar unter:

[www.buerobass.ch/pdf/2016/BFS\\_2016\\_LohnanalysenLSE2012.pdf](http://www.buerobass.ch/pdf/2016/BFS_2016_LohnanalysenLSE2012.pdf) (zuletzt geprüft: 13. Juli 2017), S. 44-45.

1 Frauen im Jahr 2013 62% der unbezahlten und 38% der bezahlten Arbeit, wobei das  
2 gesamtschweizerische Zeitvolumen der unbezahlten Arbeit jenes der bezahlten Arbeit  
3 übersteigt. So wurden im Jahr 2013 in der Schweiz 8,7 Milliarden Stunden unbezahlte und  
4 7,7 Milliarden bezahlte Arbeit geleistet, das sind 14% mehr unbezahlte Arbeit als bezahlte  
5 Arbeit. Das Bundesamt für Statistik berechnet den Geldwert dieser unbezahlten Arbeit im  
6 Jahre 2013 auf 401 Milliarden Franken.<sup>15</sup> Das System der bezahlten Vollzeitarbeit mit einer  
7 normativen 42-Woche funktioniert nur wegen dieser zusätzlichen unbezahlten Arbeit, welche  
8 mehrheitlich die Frauen\* leisten.

## 9 Altersarmut ist weiblich

10 Die Diskriminierung der Frauen\* zieht sich in der Pensionierung fort. Weniger Lohn durch  
11 Erwerbsarbeit bedeutet weniger Einzahlungen in die 1. und 2. Säule, und weniger Chancen,  
12 privat in der 3. Säule vorzusorgen. Die massive Ungleichheit in der Kontrolle von Vermögen  
13 trägt zusätzliche ihren Teil dazu bei, dass von Altersarmut viel öfter Frauen\* betroffen  
14 sind.<sup>16</sup> Bestehende ausgleichende Mechanismen in der AHV mildern die Ungerechtigkeit  
15 zwischen den Geschlechtern zwar etwas ab, jedoch ist der Effekt bei weitem nicht genug.  
16 Insbesondere die völlig schiefe Lage bei den Pensionskassenansprüchen und sonstigem  
17 Vermögen kann die AHV in der aktuellen Form unmöglich ausgleichen. Frauen erhalten 40%  
18 weniger Altersrenten als Männer in der Schweiz. So sind fast doppelt so viele Frauen wie  
19 Männer auf die entwürdigende Praxis der bedarfsermittelten Sozialhilfe (EL) angewiesen  
20 und für viele heisst das Leben im Alter vor allem Verzicht selbst auf alltägliche Dinge wie  
21 Mobilität oder Teilnahme am kulturellen Leben.

## 22 Frauen\* stehen im gegebenen Wirtschaftssystem vor allesamt 23 schlechten Optionen

24 Frauen\* stehen in unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem somit vor allesamt schlechten  
25 Optionen: Sie können Produktions- und Reproduktionsarbeit in vollem Umfang leisten und  
26 somit um die 70 Stunden<sup>17</sup> arbeiten, mit erheblichem gesundheitlichem Risiko. Sie können in  
27 einem Teilzeitarbeitsverhältnis beschäftigt sein und daneben die Reproduktions-Arbeit  
28 übernehmen, auch dies bei weit mehr als 42 Arbeitsstunden pro Woche und mit erheblichen  
29 finanziellen Einbussen und Benachteiligungen hinsichtlich aller Sozialversicherungen. Oder  
30 sie können in einem gutbezahlten 100% Anstellungsverhältnis tätig sein und dafür sorgen,  
31 dass die Reproduktionsarbeit an andere ausgelagert wird. Indes können sich diese  
32 Auslagerung der Reproduktionsarbeit nur Menschen aus der Mittel- und Oberschicht leisten.  
33 Es sind dann zwar andere, aber abermals Frauen\*, welche diese Arbeit dann übernehmen,

---

<sup>15</sup> Bundesamt für Statistik (2015): *Satellitenkonto Haushaltsproduktion 2013 Der Wert der unbezahlten Arbeit beläuft sich auf 401 Milliarden Franken*, online verfügbar unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/unbezahlte-arbeit.assetdetail.39788.html> (zuletzt geprüft: 7. Juli 2017).

<sup>16</sup> <https://www.srf.ch/news/schweiz/altersarmut-ist-weiblich>

<sup>17</sup> Bundesamt für Statistik (2016): *Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit*, online verfügbar unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/unbezahlte-arbeit.assetdetail.304755.html> (zuletzt geprüft: 7. Juli 2017). Daraus geht hervor, dass alleinstehende Frauen\*, deren jüngstes Kind 0-7 Jahre alt ist durchschnittlich 72.2 Stunden pro Woche arbeiten, Frauen\*, deren jüngstes Kind 7-15 Jahre alt ist durchschnittlich 67.

1 häufig ältere Frauen\* (oft Grossmütter)<sup>18</sup> oder Frauen\* mit Migrationshintergrund aus  
2 unteren Schichten.<sup>19</sup> Also führt die Lösung wieder zu Benachteiligung und Armut, das  
3 Problem wird einfach verschoben und die Männer sind dadurch aus der Verantwortung  
4 entlassen, ihren Anteil an der Betreuungs- und Hausarbeit zu übernehmen.

5

6 Die Problematik, die diese Wirtschaftsstruktur für die Frauen\* mit sich bringt, verbindet sich  
7 seit einiger Zeit noch mit einer zunehmend stärkeren, neoliberalen Austeritätspolitik: Mit dem  
8 Argument, Staatsverschuldung bekämpfen zu müssen, fordern bürgerliche Parteien seit  
9 einigen Jahrzehnten, den Gürtel enger zu schnallen, also die Ausgaben der öffentlichen  
10 Hand zu senken. Diese Logik ist, erstens, schon grundsätzlich problematisch: Staaten  
11 werden ähnlich betrachtet wie private Unternehmen, deren Bilanz stimmen muss wenn sie  
12 nicht Gefahr laufen wollen, insolvent zu werden. Volkswirtschaft funktioniert jedoch nach  
13 eigenen Mechanismen: Staatliche Investitionen in die Infrastruktur, die Bildung, das Sozial-  
14 und Gesundheitswesen usw. lohnen sich natürlich, zumal damit die Produktivität des  
15 privaten Sektors tendenziell steigt. Wenn also behauptet wird, sparen sei notwendige Pflicht,  
16 dann verdeckt diese Rhetorik was das Spargebot eigentlich ist: Die politische Wahl, Sparen  
17 zu priorisieren. Zweitens sind solche Sparmassnahmen dabei nicht effekt-neutral. Werden  
18 zum Beispiel staatliche oder staatlich subventionierte Kinderbetreuungs-Angebote  
19 abgeschafft oder für jene verteuert, die sie nutzen, dann hat das tendenziell ein Zurück zu  
20 traditionelleren Familienstrukturen zur Folge,<sup>20</sup> zumal es sich unter anderem wegen der  
21 niedrigeren Löhne von Frauen\* dann ökonomisch tendenziell weniger oder gar nicht mehr  
22 lohnt, dass beide Eltern einer Erwerbsarbeit nachgehen. Dies ist gesellschaftlich  
23 problematisch, weil damit traditionelle Rollenbilder bekräftigt werden anstatt, dass sie weiter  
24 aufgebrochen werden können. Es ist zudem volkswirtschaftlich problematisch, wenn gut  
25 gebildete Frauen\* von der Erwerbsarbeit fern bleiben müssen und Stellen von öffentlichen  
26 Angestellten, welche als volkswirtschaftliche Multiplikatoren wirken, wegfallen.  
27 Das liberale Versprechen von mehr Gleichheit durch die Integration der Frauen\* in den  
28 bezahlten Arbeitsmarkt entpuppt sich somit als hohl: Die Frauen\* haben auch über 40 Jahre  
29 nach der Gesetzesänderung, welche es ihnen erlaubte, von nun an ohne die Zustimmung  
30 ihres Ehemannes erwerbstätig sein zu können, weiterhin weniger Freiheiten und sind  
31 finanziell schlechter gestellt als die Männer\*.

## 32 Forderungen

33 - *Reduktion der Erwerbsarbeit auf 25 h für Männer\* und Frauen\**

34 Zum guten Leben gehört viel mehr als nur die Erwerbsarbeit. Alle Menschen, alle Mitglieder  
35 einer Gesellschaft haben das Bedürfnis und das Recht, familiäre und freundschaftliche  
36 Beziehungen aufzubauen und zu leben, sich selbst zu entfalten und zu verwirklichen und

---

<sup>18</sup> Bundesamt für Statistik (2016): *Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit*, online verfügbar unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/unbezahlte-arbeit.assetdetail.304755.html> (zuletzt geprüft: 7. Juli 2017). Daraus geht hervor, dass die über 64/65 jährigen Frauen in den Erhebungsjahren 1997, 2000, 2004, 2007, 2013 im Durchschnitt 26.75 Stunden unbezahlte Arbeit pro Woche leisten.

<sup>19</sup> Schilliger, Sarah (2015): Globalisierte Care-Arrangements in Schweizer Privathaushalten, in: Nadai, Eva; Nollert, Michael (Hg.): *Geschlechterverhältnisse im Post-.-Wohlfahrtsstaat*. Beltz-Juventa, S. 154-175.

<sup>20</sup> [http://m.tagesspiegel.de/wissen/finanzkrise-und-feminismus-frauen-zahlen-den-noch-hoeheren-preis/12081102.html?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.ch%2F](http://m.tagesspiegel.de/wissen/finanzkrise-und-feminismus-frauen-zahlen-den-noch-hoeheren-preis/12081102.html?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.ch%2F) (zuletzt geprüft: 19. Juli 2017)

1 sich in ihrem näheren und weiteren Umfeld einzubringen und zu beteiligen. Umgekehrt sollte  
2 auch jeder Mensch das Recht haben, einer sinnvollen und befriedigenden Erwerbsarbeit  
3 nachzugehen. Damit dies möglich ist, braucht es eine faire Verteilung der Erwerbsarbeit und  
4 des damit zusammenhängenden Einkommens. Jede erwachsene Person sollte die  
5 Möglichkeit haben, durch Erwerbsarbeit ökonomische Unabhängigkeit zu erreichen und  
6 trotzdem an allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens teilnehmen zu können. In dieser  
7 Frage sind die Frauen\* in unserer Gesellschaft massiv benachteiligt und seit langer Zeit gibt  
8 es keine Zeichen der weiteren Verbesserung. Um diese Diskriminierung zu überwinden  
9 reicht eine Politik der kleinen Schritte und sporadischen Korrekturen von Ungerechtigkeiten  
10 nicht, sondern es gilt, einen radikalen Wandel von Arbeit und Erwerb in unserer Gesellschaft  
11 herbeizuführen. Der naheliegendste Weg zu einer gerechteren Verteilung der Erwerbs- und  
12 der Reproduktions-Arbeit ist die Verteilung beider Aufgaben auf möglichst viele Köpfe und  
13 der wichtigste Schritt dahin ist das radikale Absenken der für einen vollen Lohn nötigen  
14 Erwerbsarbeitszeit auf eine 25 Stunden – Woche. Dies wird nicht nur eine fast vollständige  
15 Beteiligung beider Geschlechter am Arbeitsmarkt zur Folge haben (dadurch steht dem  
16 Arbeitsmarkt das gleiche Arbeitsvolumen zur Verfügung) sondern wird auch allen Menschen  
17 genügend Zeit und Gelegenheit geben sich, sich an den anderen gesellschaftlich  
18 notwendigen Aufgaben, insbesondere auch der Care-Arbeit, zu beteiligen.

19  
20 Die Forderung nach Arbeitszeitreduktion bei gleichbleibendem Lohn ist für die  
21 Arbeiter\*innenschaft historisch gesehen von grosser Wichtigkeit. Wer entscheidet, wie lange  
22 und wofür wir arbeiten, und was gilt als Arbeit? Bestimmt das der Markt oder wir Menschen  
23 selbst? Mit weniger Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen ändern sich konkret die  
24 materiellen Lebensbedingungen der Menschen. Das ist die Basis dafür, dass weitergehende  
25 Veränderungen, wie etwa eine stärker gemeinschaftlich-kooperative anstatt privat-  
26 kompetitive Organisation, überhaupt kollektiv erdacht und angegangen werden können.  
27 So hat die 2. Internationale 1889 in Gedenken an die Chicagoer Arbeitskämpfe von 1886 für  
28 den 8 Stunden-Tag den 1. Mai zum Kampftag der Arbeiter\*innenbewegung ausgerufen.  
29 Nebst der Arbeiter\*innenbewegung war es aber auch immer wieder die feministische  
30 Bewegung, die eine starke Reduktion der Erwerbsarbeit forderte. Dies nicht zuletzt weil  
31 diese Feministinnen\* erreichen wollten und wollen, dass auch die Reproduktionsarbeit als  
32 Arbeit gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt wird. Nach der Nichtwahl von Christiane  
33 Brunner 1993 ging denn auch eine SP Frauen - Arbeitsgruppe «Neuverteilung der Arbeit»  
34 davon aus, dass das nun seit neuem in der Verfassung festgehaltene «Recht auf Teilhabe  
35 an der Erwerbsarbeit» heissen muss, die bezahlte und unbezahlte Arbeit sei ganz neu zu  
36 verteilen. Der Vorschlag dieser Arbeitsgruppe rechnet vor, dass eine gerechte Verteilung  
37 von bezahlter und unbezahlter Arbeit eine 25-Stunden-Woche erfordern würde, einen 5-  
38 Stunden-Erwerbsarbeits-Tag für alle.<sup>21</sup> Davon sind wir weit weg: Seit den 1960er Jahre hat  
39 sich die Produktivität in der Schweiz verdoppelt. Die Arbeitszeiten hingegen sind zum Teil  
40 sogar gestiegen. Dabei würde eine Arbeitszeitreduktion dem Arbeitsmarkt gar nicht  
41 Arbeitsvolumen entziehen, sondern es auf demselben Stand belassen. So wurden 2006 in  
42 der Schweiz 6.46 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Verteilt auf die 4.6 Millionen 20- bis 65-  
43 jährigen Menschen in der Schweiz macht das 1404 Jahresstunden, das heisst 29  
44 Wochenstunden bei 48 Arbeitswochen. Seit 2006 ist die Produktivität noch einmal  
45 gestiegen, womit es bei 25 Stunden Erwerbsarbeit pro Woche und Kopf beim gleichen

---

<sup>21</sup> Olympe (1995)

1 Arbeitsvolumen bleibt.<sup>22</sup> Wieso ist das so? Weil eine solche Verteilung der verschiedenen  
2 gesellschaftlich notwendigen Arbeiten eine fast vollständige Beteiligung beider Geschlechter  
3 am Arbeitsmarkt zur Folge haben wird und somit dem oft beklagten Fernbleiben gut (aus-  
4 )gebildeter Schweizer Frauen\* vom Arbeitsmarkt entgegenwirkt. Zusätzlich zu dieser  
5 volkswirtschaftlichen Relevanz bringt eine 25 Stunden Erwerbsarbeits-Woche auch allen  
6 Menschen genügend Zeit und Gelegenheit sich neben der Erwerbsarbeit an den anderen  
7 gesellschaftlich notwendigen Aufgaben, insbesondere auch der Care-Arbeit, zu beteiligen.

8  
9

#### 10 - *Bezahlung von Care-Arbeit*

11 Es genügt aber nicht, nur den radikalen Wandel anzustreben. Frauen sind heute und täglich  
12 benachteiligt und haben es jetzt schon verdient, eine kontinuierliche Verbesserung ihrer  
13 Lebensumstände zu erfahren. Ein erster Schritt dahin kann sein, sie für die bisher völlig  
14 unbezahlte und damit in unserer Gesellschaft auch nicht anerkannte Care-Arbeit zu  
15 bezahlen. Ein Beispiel wie das geschehen kann ist die Anerkennung der sog.  
16 Erziehungsgutschriften bei der AHV-Renten-Berechnung, welche jedoch aktuell viel zu klein  
17 ausfällt und zu spät kommt. Weiter ist es notwendig, die bezahlte Care-Arbeit fair zu  
18 entlohnen. Arbeitgeber müssen dringend die Löhne erhöhen und die Arbeitsbedingungen  
19 verbessern und genügend Personal einstellen. Der Staat muss verhindern, dass ganze  
20 Berufe einem neoliberalen Dogma unterworfen werden, das nur auf Kosten der Arbeitskräfte  
21 umsetzbar ist. Die Gewerkschaften müssen endlich ernsthafte Versuche unternehmen  
22 zusammen mit den Arbeitnehmer\*innen Verbesserungen herbei zu führen. Der Staat muss  
23 notwendige zukunftsgerichtete Investitionen leisten, um qualitative hochwertige Arbeitsplätze  
24 einzurichten, die für die Gesellschaft unabdingbar sind.

25

#### 26 - *Investitionen des Staates die Betreuung von Kindern und Angehörigen*

27 Ausserfamiliäre Kinderbetreuung ist in der Schweiz vergleichsweise teurer als in anderen  
28 europäischen Ländern. Sie ist somit eine starke Belastung für die Familieneinkommen.  
29 Gleichzeitig sind, wegen der zu geringen Beteiligung des Staates, die Löhne der Kita-  
30 Angestellten niedrig, zusätzlich wird sehr viel Arbeit von Praktikant\*innen geleistet und die  
31 Arbeitsbedingungen der Angestellten kommen zusehends unter Druck. Kinderbetreuung und  
32 Pflege von Kranken und Abhängigen ist aber keine Privatsache, sondern Aufgabe der  
33 Gesellschaft, sie sollte eigentlich wie die Schule, eine öffentliche Aufgabe sein – zu  
34 mindestens sollten die Tarife massiv gesenkt werden. Es braucht ebenso Massnahmen, um  
35 die Betreuung von Angehörigen zu erleichtern und die Angehörigen zu entlasten. Dies  
36 könnte in Form von Betreuungsgutschriften und Betreuungsurlauben erfolgen.  
37 Gezielte Investitionen in den Care-Sektor helfen nicht nur, Geschlechterungerechtigkeiten im  
38 Privaten zu lösen, sie fördern zudem die Erwerbsintegration der Frauen und sind eine  
39 zielführende wirtschaftspolitische Massnahme. Eine Studie des Internationalen  
40 Gewerkschaftsbundes aus dem Jahr 2016 belegt, dass Investitionen in den Care-Sektor ein  
41 wirkungsvolles Instrument sind, Arbeitsplätze zu schaffen. Bereits Investitionen in der Höhe  
42 von 2% des BIP haben in 7 Ländern mehr als 21 Millionen Arbeitsplätze geschaffen.<sup>23</sup>  
43 Investitionen in den Care-Bereich sind zudem die richtige Antwort auf die kommenden  
44 demographischen Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft mit erhöhtem  
45 Pflegebedarf.

---

<sup>22</sup> Werner Vontobel (2008): 25 Stunden sind genug. Zeitpunkt (95), S. 27.

<sup>23</sup> <http://www.ituc-csi.org/investieren-in-die?lang=de>. Abgerufen am 10.07.2017

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47

- *Lohnungleichheit herstellen*

Lohnungleichheit muss hergestellt werden. Es müssen vom Staat Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass unerklärliche Lohnunterschiede verschwinden. Daher ist eine Lohntransparenz unumgänglich. Ausserdem fordern wir den Staat auf, Unternehmen auf Lohntransparenz zu kontrollieren.

- *Elternzeit/-urlaub genügend und gleich für alle!*

Eine Elternzeitversicherung muss über die 14 Wochen Mutterschaftsurlaub hinausgehen und darf diesen nicht antasten. Im Minimum sollen Eltern über 24 zusätzliche Wochen verfügen, die sie gemeinsam aufteilen können. Zudem haben alle Elternteile nach der Elternzeit einen Anspruch auf Weiterführung ihrer bisherigen Stelle mit tieferen Stellenprozenten. Wir fordern überdies einen verstärkten Kündigungsschutz für Eltern, die nach der Geburt an den Arbeitsplatz zurückkehren.

- *Stärkung der AHV: Verdreifachung der Altersrenten für Frauen\**

Zur Bekämpfung der Altersarmut von Frauen\* ist eine Verdreifachung der Altersrenten für Frauen\* in der AHV nötig. Über ein Drittel aller Rentenberechtigten Frauen sind alleine auf die AHV angewiesen. Die durch die Erziehungsgutschriften eingeschlagene Richtung sollte weiter ausgebaut werden und die Anerkennung gesellschaftlich notwendiger Arbeit bei der Erziehung und Betreuung sollten reale und spürbare Verbesserungen der Altersrenten zur Folge haben.

- *Rechtliche Gleichbehandlung unabhängig vom Zivilstatus*

Die patriarchale Logik einer auf traditionellen Familien-Haushalte ausgerichteten Analyse des sozialen und wirtschaftlichen Lebens spiegelt sich auch in der Besteuerung und der Rentenberechnung wieder. Ausgehend von der Vorstellung der Frau als ökonomischen Anhängsels des Mannes werden Fraueneinkommen zum „Familieneinkommen“ aufaddiert. Das erhöht die ökonomische Abhängigkeit von Frauen in Paarbeziehungen und führt zu vielen verschiedenen Ungerechtigkeiten. Jede und jeder Erwachsene sollte in Zukunft unabhängig von Zivilstatus und Geschlecht gleich behandelt werden. Die SP Frauen\* unterstützen daher die Forderung nach der Individualbesteuerung. Sie ist die im Moment einfachste Methode, um Menschen nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu besteuern. Sie ist zudem zivilstandsunabhängig und für alle Menschen gleich. Der heutige Zweitverdienerabzug ist Ausdruck eines patriarchalischen Systems und dient dazu, Frauen von der Erwerbsarbeit abzuhalten. Zudem sollen die heutigen Kinderabzüge durch Kindergutschriften ersetzt werden, weil durch das heutige System vor allem hohe Einkommen belohnt werden.

- *Stärkung der Feministischen Ökonomie*

Feministische Ökonomie in der Wirtschaftswissenschaft muss gefördert werden. Bisher werden die Auswirkungen unseres Wirtschaftssystems auf Frauen\* nur von wenigen Einzelkämpfer\*innen untersucht. Wirtschaftsreformen werden von Männern erdacht, umgesetzt und ausgewertet. Das negiert die Erfahrungen auf 50% der Bevölkerung und die Auswirkungen auf ebendiese. Wenn wir ein Wirtschaftssystem wollen, dass für alle gerecht ist, müssen alle in der Gesellschaft am Wirtschaftssystem beteiligten gleichwertig gehört werden und mitgestalten. Nur darüber können Machtgefälle, die im bisherigen System

- 1 verankert sind und zu den massiven hier genannten Ungerechtigkeiten führen, früh erkannt
- 2 und entgegen gesteuert werden.
- 3

# 1 Sexismus in der heutigen Gesellschaft: Offene und 2 versteckte Unterdrückung

3 Begegnen wir einem Menschen, so glauben die meisten von uns sofort zu erkennen, dass  
4 es sich um einen Mann oder eine Frau handelt. Wir leben in einer Gesellschaft mit einem  
5 Geschlechtersystem, in dem nach der Geburt einem Neugeborenen sofort ein Geschlecht  
6 (Junge oder Mädchen) zugewiesen wird, meist aufgrund der primären Geschlechtsorgane.  
7 Dies nennt die Geschlechterforschung «Sex». Auf diese Zuordnung folgt dann die  
8 entsprechende lebenslange Sozialisierung einer Person entsprechend der  
9 geschlechtsspezifischen Erwartungen an das jeweilige Sex. Dieses soziale Geschlecht wird  
10 auch Gender genannt. Unser Handeln richtet sich demnach nur nach dem Sex und nicht  
11 nach dem Gender einer Person. Unsere Gesellschaft basiert so fest auf dieser  
12 Unterscheidung von Mann und Frau dass wir sie überall in unserem alltäglichen Leben  
13 wieder finden und als Person danach gemessen und beurteilt werden. Sexismus ist also  
14 omnipräsent und trotzdem oft genau in dieser Alltäglichkeit unerkennbar – sowohl für  
15 Betroffene wie auch für Ausübende.

## 16 Sexismus ist Herrschaft

17 Sexismus ist ein Unterdrückungsmittel, das eng verknüpft ist mit den Machtverhältnissen  
18 und auf einer Unterscheidung der Geschlechter beruht. Seit dem 19. Jahrhundert und dem  
19 Übergang zur Industrie- und kapitalistischen Gesellschaft ist Sexismus nicht mehr nur ein  
20 Nebeneffekt, sondern (wie im Kapitel zur Ökonomie besprochen) ein profitabler Baustein  
21 des Systems. So sind geschlechtsspezifische Unterschiede von Lohn über Berufswahl bis  
22 hin zur Reproduktionsarbeit sehr gewinnbringend: Frauen\* sind billige Arbeitskräfte, arbeiten  
23 oft Teilzeit und sind damit flexibel einsetzbar, sie leisten den Grossteil der unbezahlten Care  
24 Arbeit und erhalten somit die Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung aufrecht, und sie springen  
25 überall dort in die Bresche, wo Staat und Service Public unzureichend sind.  
26 Die Frage, ob das wirtschaftliche Interesse am Sexismus oder der Sexismus selber zuerst  
27 da waren, ist wie die Frage nach dem Huhn oder dem Ei kaum zu beantworten. Tatsache ist,  
28 dass beides sich heute wechselwirkend beeinflusst: Frauen\* werden als emotional, weich  
29 und für harte Arbeit nicht geeignet wahrgenommen; Männer\* als stark, hart und rational  
30 charakterisiert. Typische Frauen\*berufe wie Pflege werden also als «natürlich», da den  
31 Frauen\* naheliegend, gesehen, wodurch sich auch eine tiefere Bezahlung und  
32 Geringschätzung rechtfertigt – denn die Frauen\* machen ja sowieso nur das, was sie von  
33 Natur aus können und das gerne gratis und aus Liebe. Dadurch folgt eine Bewertung der  
34 Rollenbilder: Männlichkeit ist gewinnbringend und Weiblichkeit ist schön und nett, aber  
35 ultimativ unnütz. Dies wiederum beeinflusst die Wahrnehmung der Geschlechter als  
36 fundamental unterschiedlich. Diese Unterscheidung und Bewertung wird dann in allen  
37 Bereichen reproduziert.  
38 Gleiches Verhalten wird unterschiedlich beurteilt, je nachdem ob es von einer Frau\* oder  
39 einem Mann\* ausgeübt wird. Wenn eine Frau\* in einer Führungsposition zielstrebig ist, so  
40 wird sie als unnahbar oder zu männlich beurteilt; verhält sich jedoch ein Mann\* so, gilt er  
41 führungsstark. Eine Frau\* wiederum, die in der gleichen Position kommunikativer ist, mehr  
42 Wert auf ein gutes Arbeitsumfeld legt, ist schnell entscheidungsunfreudig und zu schwach  
43 für diese Position. Als Frau\* kann man es also selten recht machen, die moralischen

1 Auflagen und der Druck der Gesellschaft speziell auf Frauen\*; aber auch andere Menschen,  
2 die aus der Rolle ausbrechen, einer Norm zu entsprechen, ist riesig.  
3 Diese Norm wird mitunter geschaffen über Sprache und die Art, wie über Geschlecht  
4 gesprochen wird. Denn unser alltägliches Werkzeug zum Erkennen und Verstehen der Welt  
5 beeinflusst, wie wir diese begreifen können und formt dadurch unsere Denkstrukturen von  
6 Kindsbeinen an. Im deutschen und romanischen Sprachraum sind wir dabei unser Leben  
7 lang mit einer nicht-geschlechtergerechten Sprache konfrontiert; denn die  
8 geschlechtsindefinite Form ist in unserer Sprache immer die männliche Form, also das  
9 generische Maskulinum. Dadurch werden Frauen\* in unserer Sprache ganz direkt  
10 unsichtbar, unbenannt und sprachlich ausgeschlossen. Dabei gilt es als wissenschaftlich  
11 erwiesen, dass eine Sprache, bei der Frauen\* im Rahmen des generischen Maskulinums  
12 nur "mitgemeint" sind, die Frauen\* ganz real nicht «mitgedacht» werden<sup>24</sup> – dennoch ist die  
13 gendergerechte Sprache noch immer wenig verbreitet. Breite Massen der Gesellschaft  
14 zeigen sich ungewillt, ihre Sprache und ihr Denken anzupassen, denn beides ist ein  
15 Herrschaftsmittel, um den sexistischen und veralteten Status Quo aufrecht zu erhalten.  
16 Dieser Status Quo beeinflusst aber nicht nur unsere soziale Rolle und unsere  
17 Denkstrukturen; er wird für marginalisierte Gruppen wie Frauen\* ganz real gefährlich und hat  
18 oft fatale Folgen. Denn die gesellschaftliche Prägung von Männlichkeit\* als dominante  
19 Stärke und Weiblichkeit\* als devote Schwäche macht nicht vor dem Privatleben halt. Sie  
20 resultiert viel mehr in einem Machtgefälle, welches oft ökonomisch und sozial ist, und sich  
21 nicht selten in Gewalt ausdrückt.  
22 Sei es häusliche, verbale, sexualisierte oder andere Formen von Gewalt, Fakt ist: fast jede  
23 Frau\*<sup>25</sup> wird in ihrem Leben mit dieser Gewalt konfrontiert. Und dennoch ist sie ein  
24 Tabuthema. Betroffene erleben eine Stigmatisierung, extreme Skepsis oder Victim Blaming,  
25 dh. es wird ihnen vorgeworfen, sie seien selber schuld, dass sie Gewalt erfahren oder sie  
26 hätten diese mit ihrem Verhalten gar provoziert. Glauben geschenkt wird in vielen Fällen nur,  
27 wenn sie in ein vereinfachtes schwarz-weiss Schema passen, zum Beispiel, wenn der Täter  
28 ein Fremder mit Migrationshintergrund ist, wobei dann natürlich für die Erfahrungen und  
29 tatsächlichen Wünsche der betroffenen Person kein Platz mehr bleibt. Für Männer\*, die  
30 Opfer von Gewalt wurden, hat es in dieser Logik ebenfalls keinen Raum; sie fallen in die  
31 Unterreportage und Dunkelziffer.  
32 Dabei ist die offene Gewalt aber nur die Extremform. Eine Hand am Hintern, ein anzüglicher  
33 Kommentar, ein Pfiff, ein Nachlaufen, eine ungewollte Berührung: Grenzüberschreitungen  
34 gegenüber Frauen\* sind banaler Alltag. Dabei schwingt gerade auf Seiten der Frauen\*  
35 immer das Wissen um Fälle mit, bei denen solche Grenzüberschreitungen zu Gewalt  
36 führten. Also akzeptiert man die unangenehme Situation und sagt lieber nichts; denn die  
37 Drohungen sind implizit, und sie werden aktiv dazu genutzt, Frauen\* „an ihren Platz zu  
38 verweisen“ und sie als Subjekte zu missachten. Widerspruch kann gefährlich sein.

---

<sup>24</sup> <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.gleichberechtigung-in-der-sprache-nur-wer-von-frauen-spricht-meint-sie-auch.39a3ca8e-d760-4eac-a9ad-c50ca1e64966.html>

<sup>25</sup> Frauen werden heute 3.1 mal häufiger Opfer von Gewalt in Partnerschaften als Männer\* (Bundesamt für Statistik (2012): Polizeilich registrierte häusliche Gewalt. Übersichtspublikation. Bern: BFS), und es besteht bei Frauen\* eine doppelt so grosse Gefahr, dass sie im Zuge der häuslichen Gewalt getötet werden (Bundesamt für Statistik, Isabel Zoder, Gabriela Maurer. 2006. Tötungsdelikte. Fokus häusliche Gewalt - Polizeilich registrierte Fälle 2000-2004. Neuchâtel). 39.4%, also zwei von fünf Frauen\*, werden mindestens einmal in ihrem Erwachsenenleben Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt (Killias Martin, Simonin Mathieu et.al. 2004. Violence experienced by women in Switzerland over their lifespan. Results of the International Violence against Women Survey. Lausanne).

# 1 Konsequent intersektional

2 Eine Ideologie, welche die Unterdrückung, Ausbeutung und Geringschätzung von  
3 Weiblichkeit\* reproduziert, bedingt einen inhärenten, unüberwindbaren Unterschied  
4 zwischen den Geschlechtern. Wenn die Geschlechter nämlich gleichwertig oder gar fluid  
5 wären, wäre eine sexistische Trennung ja nicht mehr möglich.  
6 Diese Binarität wird uns in der Gesellschaft überall vermittelt: Von Kinderspielzeug über  
7 Toiletten bis hin zu unserem Pass - alles muss in Mann\* und Frau\* einteilbar sein.  
8 Menschen, die dem ihnen zugeordneten Geschlecht und dem dazugehörigen Rollenbild  
9 nicht entsprechen, haben soziale Ächtung und oft auch Gewalt zu befürchten. Dies betrifft  
10 vor allem die LGBTQIA-Community<sup>26</sup>: Homosexualität an sich ist bereits eine Abweichung  
11 von der vorherrschenden sozialen Erwartung intergeschlechtlicher Beziehungen, während  
12 Trans\*menschen<sup>27</sup> dann offen mit der Zwei-Geschlechter-Logik brechen. Dadurch bringen  
13 sie die Frage der Konstruktion der Kategorien «Mann» und «Frau» auf das politische  
14 Parkett.  
15 Wir begrüßen das, denn weder auf der sozialen noch auf der biologischen Ebene entspricht  
16 Geschlechterbinarität der Realität. Soziokulturell ist längst klar, dass Gender kein  
17 gottgegebener Fakt, sondern eine Mischung aus Kultur und subjektivem Identitätsleben ist,  
18 die sich in uns entwickelt und dadurch nicht in Kategorien stopfen lässt. Aber auch auf der  
19 biologischen Ebene greift die binäre Einteilung zu kurz. So trägt ein beachtlicher Anteil der  
20 Weltbevölkerung Kombinationen unterschiedlicher biologischer Geschlechtscharakteristiken,  
21 teilweise ohne sich dessen bewusst zu sein<sup>28</sup>, und die biologischen Unterschiede innerhalb  
22 einer Geschlechtsgruppe sind sogar oft signifikanter als jene zwischen den Gruppen.<sup>29</sup>  
23 Um einen Feminismus zu vertreten, der wirklich alle Frauen\* mitnimmt, dürfen wir uns also  
24 nicht weiter nur mit der unterschiedlichen Behandlung von Cis Frau und Cis- Mann  
25 befassen. Unser Ziel muss es sein, für die Gleichstellung aller Geschlechter zu kämpfen und  
26 dabei die Binarität klar zu dekonstruieren, um die Vielfältigkeit der Geschlechter und der  
27 sexuellen Identitäten zu ermöglichen. Jeder Mensch sollte die Freiheit haben, sich jedem  
28 Geschlecht, mehreren Geschlechtern oder auch in keinem Geschlecht zu definieren. Dies  
29 bedeutet für uns in der Folge, dass wir auch Trans\*-Frauen in unseren Feminismus  
30 einbeziehen und sie in die SP Frauen\* einladen möchten. Denn sie werden nicht nur wie wir  
31 als Frauen\* unterdrückt, es trifft sie zusätzlich Trans\*feindlichkeit, und somit eine  
32 Mehrfachdiskriminierung.  
33 Und so geht es vielen Menschen. Sie werden vom Patriarchat mehrfach unterdrückt. Dabei  
34 geht es längst nicht nur um sexuelle Ausrichtung und Geschlecht, sondern auch um  
35 Menschen mit Migrationshintergrund, mit psychischen Krankheiten, um Menschen die den  
36 Schönheitsidealen entsprechen, um Menschen mit Behinderung. Denn auch wenn die  
37 Gesellschaft heute vorgibt, divers und offen zu sein, hindern verschiedenste

---

<sup>26</sup> Lesben, Gays/Schwule, Bisexuelle, Trans\*-Menschen, Queers, Intersexuelle und Asexuelle

<sup>27</sup> Trans\* ist ein Oberbegriff für zahlreiche Selbstbezeichnungen für Personen, bei denen die subjektive Geschlechtsidentität nicht mit dem bei der Geburt zugeordneten Geschlecht übereinstimmt. Das Pendant dazu nennt sich «Cis».

<sup>28</sup> Fausto-Sterling, Anne (2000): The Five Sexes: Revisited. In: The Sciences, July/August. New York: New York Academy of Sciences, S. 18-23, zitiert nach Mikkola, Mari

(2016): Feminist Perspectives on Sex and Gender. In: Stanford Encyclopedia of Philosophy.<http://plato.stanford.edu/entries/feminism-gender/> [zit. 05.06.17]

<sup>29</sup> Lorber, Judith (2011): Believing is Seeing: Biology as Ideology. In: Kimmel, Michael/Aronson, Amy/Kaler, Amy: The Gendered Society Reader. Toronto, ON: Oxford University Press. S. 568-581.

1 Unterdrückungsmechanismen die Menschen daran, ein gleichberechtigtes und freies Leben  
2 zu führen.  
3 Dies macht unseren Feminismus intersektional: Wir erkennen, dass Menschen zu jedem  
4 Zeitpunkt von verschiedenen sozialen Erfahrungen betroffen werden. Sexismus,  
5 Klassismus, Rassismus, Homo- und Trans\*feindlichkeit wirken nicht unabhängig  
6 voneinander, sondern formen gemeinsam ein Unterdrückungssystem, in dem wir alle eine  
7 Rolle einnehmen. Als intersektionale Feministinnen verstehen wir, dass sich auch die  
8 Unterdrückungserfahrungen von Frauen\* unterscheiden, zum Beispiel je nach  
9 ökonomischen Mitteln, Hautfarbe oder Sexualität. Diese Erkenntnis macht unseren Kampf  
10 komplexer, aber auch stärker; sie macht unsere Bewegung zu derjenigen, die für die  
11 Befreiung aller Lebensformen kämpft, welche unter dem Patriarchat leiden und  
12 eingeschränkt werden.

### 13 Für eine selbstbestimmte Sexualität

14 Sexistische Herrschaftsstrukturen und Unterdrückungssysteme normieren also unser  
15 ganzes Leben. Dies wirkt sich bis auf den innersten Kern unseres Privatlebens aus: Es wird  
16 normiert, wie Frauen\* aussehen sollen, mit wem sie Beziehungen haben sollen, und was in  
17 diesen Beziehungen passieren darf. Zentrum und scheinbar objektiver Bewertungspunkt ist  
18 dabei immer das männliche Verlangen. Von der Aufklärung über die Popkultur bis hin zu  
19 explizit erotischen Medien wie Pornos wird uns ein System eingeimpft, in dem Cis-Männer  
20 die Jäger und Frauen\* die Beute sind. Dabei herrscht eine Dualität: Einerseits erwartet man  
21 von Frauen\* einen verschämten Widerstand gegen die eigene Sexualität (ansonsten sind sie  
22 Schlampen), andererseits müssen sie ein sexuell zugängliches Objekt für den männlichen  
23 Orgasmus sein (ansonsten sind sie prüde oder man muss sie erobern). Vor allem aber muss  
24 die monogame, heterosexuelle Zweierbeziehung auf ihrer Prioritätenliste zuoberst stehen.  
25 Denn nur so kann sie wiederum in die unbezahlte Reproduktionsarbeit geführt werden, die  
26 für den Kapitalismus so wichtig ist.  
27 Das Abweichen von diesen Normen wird, wie so oft, mit sozialen Sanktionen oder Gewalt  
28 bestraft. Frauen\*, die ihre Sexualität frei leben, werden oft mit der Warnung konfrontiert,  
29 dass sie sich so leichter zum Opfer sexualisierter Gewalt machen könnten. Frauen\*, die sich  
30 dem männlichen Verlangen entziehen (z.B. Lesben oder Asexuelle), werden entweder nicht  
31 ernstgenommen oder ihnen wird mit einer «Korrektur» gedroht. Der fehlende Respekt vor  
32 weiblichen\* Grenzen, der im Alltag beginnt, führt sich hier weiter und trägt in der  
33 sexualisierten Gewalt fürchterliche Blüten. Hier ist klar: Sexualisierte Gewalt ist niemals die  
34 Schuld der Betroffenen, sondern eine Folge eines gesellschaftlichen Machtgefälles und  
35 einer kollektiven Unfähigkeit, weibliche Autonomie zu respektieren.  
36 Stereotype und Rollenzuschreibungen zeigen sich auch im Bereich der  
37 Fortpflanzungsthematik. Nach wie vor tauchen rechtliche Diskriminierungen aber auch  
38 gesellschaftliche Diskriminierungen auf in der Frage, wer das Recht hat, Kinder zu haben  
39 und wer nicht. Menschen, die nicht der gesellschaftlichen Norm entsprechen, immer wieder  
40 mit der Vorstellung konfrontiert sie sollen weniger Kinder haben. Schwule, Lesben,  
41 Trans\*menschen, aber auch sozial Schwächere werden kritisch beäugt und das Kindeswohl  
42 in Frage gestellt. Wer Kinder möchte, sollte sich das schon leisten können und möglichst  
43 «normal» leben.  
44 Verhütung wiederum ist dann trotzdem meist Frauensache: hormonelle Verhütungsmittel  
45 werden fast ausschliesslich bei Frauen\* angewandt. Sie sind noch immer mit einem hohen

1 Risiko verbunden, über welches oft schlecht aufgeklärt wird. Dass im Bereich der sexuellen  
2 Gesundheit und Reproduktion von Frauen\* kaum weitergeforscht, während hormonelle  
3 Verhütungsmittel für Männer noch immer nicht existieren, ist kein Zufall. Allgemein ist die  
4 Reproduktionspolitik zu wenig auf die Bedürfnisse von Frauen\*  
5 ausgerichtet, sondern dreht sich stattdessen darum, was irgendwelche männliche Politiker  
6 den Frauen gerne für Auflagen machen möchten. Dass diese Tendenz zunehmend ist, zeigt  
7 sich auch am Erstarren evangelikaler Kreise und deren Einmischung in reproduktive Fragen  
8 und an politischen Angriffen auf Abtreibungsrechte wie die Abtreibungsinitiative vom Februar  
9 2014.

## 10 Unser Feminismus ist ein Befreiungskampf

11 Feminismus bedeutet für uns den Kampf gegen den Sexismus und die Ketten, die er den  
12 Menschen auferlegt. Dies gilt auf ökonomischer und sozialer genauso wie auf persönlicher  
13 Ebene.

### 14 Forderungen:

- 15 • *No means No*: Sexualisierte Gewalt muss Thema werden in der Gesellschaft. Zentral  
16 ist dass dieses Thema in der Schule angesprochen wird. Denn ein Nein muss  
17 akzeptiert werden. Handlungen welche nicht im Konsens passieren sind immer  
18 Schuld des Täters und können nicht mit dem Verhalten oder der Kleidung des Opfers  
19 legitimiert werden.
- 20 • Sprache: Frauen\* werden mit dem gängigen Sprachgebrauch zu wenig abgebildet  
21 und sind zu oft nicht erwähnt, aber «mitgemeint». Wir brauchen eine starke  
22 Feministische Linguistik und gendersensible Sprachförderungen in Schulen, um  
23 unsere Sprache feministischer zu machen und auf den Zusammenhang von Sprache  
24 und Stereotypisierungen hinzuweisen.
- 25 • Abschaffung der institutionalisierten Ehe: Die Ehe ist ein überholtes Konstrukt, das  
26 wir auf lange Frist in seiner Institutionalisierten Form ablehnen. Sofortige Schritte  
27 müssen jedoch sein, dass die Ehe geöffnet wird für alle Paare aller Geschlechter und  
28 Konstellationen, und dass auch unverheiratete den verheirateten Paaren absolut  
29 gleichgestellt sind. Es darf keine Diskriminierung mehr geben bezüglich Adoption,  
30 Steuern, Reproduktionsmedizin, Sozialversicherung und binationalen  
31 Partnerschaften.
- 32 • Raum für alternative Sexualität: Eine zunehmende Darstellung von Sexualität, die  
33 nicht dem klassischen heterosexuellen Bild entspricht, muss gefördert werden. In der  
34 Schule muss über queere (A-)Sexualitäten und Geschlechteridentitäten aufgeklärt  
35 werden; nicht-heterosexuelle Sexualitäten brauchen zudem mehr Raum in den  
36 Medien. In der Pornoindustrie braucht es Reglemente zur fairen Produktion und ein  
37 neues Ziel für Ausgewogenheit aller Sexualitäten und Geschlechteridentitäten.
- 38 • Geschlecht öffnen: Wir sind grundsätzlich gegen den Geschlechtseintrag bei allen  
39 staatsrechtlichen Dokumenten, da diese zwingend zu Diskriminierungen führt.  
40 Genauso muss die Möglichkeit geschaffen werden, den eigenen Namen schnell,  
41 gebührenlos, ohne objektive „achtenswerte Gründe“ oder „Nachteilsbeweis“ und  
42 ohne moralisierende Stellungnahme der Eltern amtlich zu ändern. Bei staatlichen  
43 Statistiken über Unterschiede, die auf Geschlechter und Sexismus basieren

- 1 (geschlechtsspezifische Gewalt, Lohnungleichheit etc.) soll die Geschlechtsidentität  
2 bei den Betroffenen selber erfragt werden.
- 3 ● Ende Diskriminierung von nicht-heterosexuellen Menschen: Eine  
4 Antidiskriminierungsnorm für queere Menschen und eine strenge Ahndung von  
5 Verleugnung, Herabsetzung und Diskriminierung von Menschen wegen ihrer  
6 (a)sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität.
  - 7 ● Ein Stopp der Diskriminierung und Reduktion der Frau\*: Insbesondere die Werbung  
8 darf nicht länger sexistische Rollenbilder oder die Sexualisierung von Frauen\*  
9 portieren, aber auch in der Schule müssen Sexismus thematisiert und Frauen\* als  
10 historische Figuren und Vorbilder im Unterricht behandelt werden.
  - 11 ● Schutz und Anlaufstellen, Frauen\*/ Menschen die wegen ihrer Sexualität Gewalt  
12 erleben: Der Bund muss Kampagnen zur Prävention von Suizid und Depression bei  
13 LGBT\*QIA- Menschen fördern und finanzieren. Ebenso muss er Anlaufstellen für  
14 LGBT\*QIA Anliegen schaffen. Intersexuelle müssen ab dem Moment ihrer Geburt  
15 geschützt sein und dürfen zum Erlangen ihrer Urteilsfähigkeit keinen unfreiwilligen  
16 "Anpassungsoperationen" unterzogen werden.
  - 17 ● Gegen die Stigmatisierung der Abtreibung: Abtreibung ist in der Schweiz legal und  
18 das richtig. Gegen Stigmatisierung fordern wir weitere Aufklärung. Bei Beratung soll  
19 wertneutral über Abtreibung gesprochen werden. Die Entscheidung zur Abtreibung  
20 soll von der Frau\* getroffen werden.
  - 21 ● Sozialisierung von Kindern ohne Geschlechterstereotypen: Wir unterstützen eine  
22 Bildung, die nicht auf Geschlechterstereotypen aufbaut. Ausserdem sollen im  
23 Aufklärungsunterricht Homo-, Bi, Inter und Asexualität sowie Trans\*identitäten als  
24 Gesellschaftliche Realitäten thematisiert werden.
  - 25 ● Mehr Frauen\*räume in der Gesellschaft: Wir fordern Räume von und für Frauen\*,  
26 darunter zum Beispiel Frauen\*ambulatorien, Frauenarchive und so weiter.
- 27  
28

# 1 Frauen, Staat und Grundrechte

## 2 Historischer Ausschluss – Frauen als Staatsbürgerinnen

3 Das Verhältnis von Frau und Staat in der Schweiz war lange Zeit kein wirkliches: Frauen waren  
4 in der Schweiz bis 1971 das rechtliche Anhängsel von ihrem Mann. Erst mit der Einführung des  
5 Frauenstimmrechts 1971 wurden die Frauen zu Staatsbürgerinnen, rechtliche  
6 Benachteiligungen in der Ehe und im Strafrecht dauerten bis in die 1990er- Jahre an. Obschon  
7 internationale Abkommen, wie beispielsweise die Uno-Menschenrechtskonvention bereits ab  
8 1848, einen universal gültigen Rechtsanspruch markierte, war die SP in der  
9 Stimmrechtsabstimmung im Jahr 1959 die einzige Partei, die Einführung des Frauenstimmrechts  
10 unterstützte.

## 11 Politische Partizipation und Einflussnahme

12 Zwar wurden Frauen mit dem Erhalt des Stimmrechts zu rechtlich gleichwertigen Bürgerinnen,  
13 es gelang ihnen dennoch nur zögerlich, politisch Einfluss zu nehmen. Sie waren in den  
14 Parlamenten und Räten lange Zeit massiv untervertreten. Erst mit dem „Brunner-Effekt“ in den  
15 1990er-Jahren stieg die Vertretung von Frauen in der Politik deutlich an. Seither nehmen Frauen  
16 in der Politik und durch ihre Politik zwar mehr Einfluss auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, sie  
17 sind aber auch heute verglichen mit den Männern nach wie vor untervertreten. Obwohl Frauen  
18 in der Schweiz 52% der Stimmberechtigten stellen, liegt der Frauenanteil in den politischen  
19 Gremien unter einem Drittel. Gerade Frauen mit Mehrfach-Diskriminierungen, Migrantinnen oder  
20 Schweizerinnen mit Migrationshintergrund bekunden Mühe, für ihre politischen Anliegen Gehör  
21 zu finden oder diese gar selber zu vertreten – sei es, weil ihnen das Stimmrecht fehlt oder sei  
22 es, weil sie schlechtere Wahlchancen haben und ihnen der Zugang zu Chancen und Einfluss  
23 aufgrund von struktureller Diskriminierung verwehrt bleibt.

## 24 Staatsmonopol und Grundrechte

25 Der demokratische Rechtsstaat verfügt über ein Gewaltmonopol. Dies umfasst das Recht und  
26 die Pflicht zur Durchsetzung des verfassungsmässigen Rechts und der verfassungsmässigen  
27 Ordnung - wenn nötig durch die Anwendung physischer Gewalt gegen Personen oder Sachen.  
28 Im Rahmen der nationalstaatlichen Ordnung ist es daher Aufgabe des Staates, die Grenzen zu  
29 sichern und Gesetze, wie beispielsweise das Ausländergesetz, durchzusetzen. Diese Praxis  
30 steht in einem Spannungsverhältnis zu den garantierten Grundrechten in der Bundesverfassung  
31 und auch zu den ebenfalls ratifizierten und daher geltenden menschen- und frauenrechtlichen  
32 Konventionen. Allzu oft geht zudem vergessen, dass Grundrechte und die internationalen  
33 Menschenrechte Vorrang haben und das Gesetz diesen angepasst werden müsste.

34  
35 Denn obschon der Rechtsstaat aufgrund der geltenden Gesetzgebung heute nicht allen in der  
36 Schweiz lebenden Menschen die Möglichkeit zur Partizipation gewährt, entbindet ihn das nicht  
37 von der Pflicht, allen Menschen in der Schweiz ihre Grundrechte zu gewähren – unabhängig von  
38 Aufenthaltsstatus oder Staatsbürgerschaft. Gerade Migrantinnen sind in gewissen Situationen  
39 besonders von Grundrechtsverletzungen betroffen. Eine Care-Migrantin, die in einem  
40 Privathaushalt 24 Stunden auf Abruf zu einem miserablen Lohn arbeitet, wird sowohl in ihrem

1 Recht auf angemessene Entlohnung, aber auch in ihrem Recht auf persönliche Freiheit oder in  
2 ihrem Recht auf Familienleben beschnitten. Ganz gemäss der allgemeinen rechtsstaatlichen  
3 Aufgabe, geltendes Recht durchzusetzen, müssten die Rahmenbedingungen daher zwingend so  
4 gestaltet werden, dass alle Frauen sich gegen Grundrechtsverletzungen wehren können und  
5 Zugang zu Hilfe und Beratung haben. Ratifizierte internationale Konventionen wie die Istanbul  
6 Konvention (gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt) und die Frauenrechtskonvention  
7 CEDAW müssen in der Schweiz auch effektiv umgesetzt werden.

## 8 Feministische Friedenspolitik

9  
10 Gewaltfreiheit ist eine Grundhaltung: sie lehnt Gewalt ab, wendet sie nicht an, und arbeitet aktiv  
11 an der gewaltfreien Lösung von Konflikten.

12  
13 Gewalt und Krieg sind fundamental in der Geschichte der Menschen seit ca. 7000 Jahren. Im  
14 Wesentlichen ging und geht es immer noch um den Kampf von Gruppen und Individuen für den  
15 Aufstieg in die Hierarchie der Privilegierten, und um den politischen, sozialen und kulturellen  
16 Ausschluss der Nicht-Privilegierten. Die Emanzipationsbestrebungen, die zur Deklaration der  
17 Menschenrechte führten, dienen der Garantie der individuellen Integrität, der formalen  
18 Gleichstellung und der Gleichbehandlung aller Menschen vor dem Gesetz. Die Garantie der  
19 Menschenrechte ist Voraussetzung, aber keine Einbahnstrasse zur Gewaltfreiheit. Gewalt kann  
20 ebenso strukturell bedingt sein, Gewalt also, die durch soziale, politische oder ökonomische  
21 Strukturen reproduziert wird. Die unbedingte Einhaltung der Menschenrechte ist ein erster  
22 Schritt für die Umsetzung einer feministischen Friedenspolitik.

23  
24 Der gewaltfreie Einsatz für eine Gesellschaft, die auf staatlicher wie auf persönlicher Ebene  
25 Konflikte ohne Gewalt austrägt, wird daher getragen von Gruppen der Nicht-Privilegierten:  
26 entlang der uralten Diskriminierungsachse Geschlecht – Rasse – Klasse sind dies Frauen,  
27 Nicht-Weisse und Arme. Frauen gehören auch bei Rassen- und Klassendiskriminierungen  
28 nochmals zu einer speziell ausgegrenzten Kategorie. Eine gewaltfreie und feministische Vision  
29 von Gesellschaft bedeutet auch die Abwesenheit von genderspezifischer Gewalt und  
30 genderspezifischer Diskriminierung.

31  
32 Es geht für Frauen in einer feministischen Friedenspolitik also nicht nur darum, die politischen,  
33 sozialen, wirtschaftlichen und ideologischen Ursachen von Kriegen zu untersuchen (Statuten der  
34 WILPF Schweiz), sondern auch darum, fundamentale unausgesprochene Hierarchien zu  
35 benennen und aufzulösen. Frauen sind nicht „von Natur aus“ friedfertiger als Männer (ebenso  
36 Nicht-Weisse oder Arme). Gerade weisse europäische Frauen sind auch Profitierende von  
37 Rassen- und eventuell auch Klassendiskriminierung. Solidarität von und mit Unberechtigten ist  
38 in vielfältigen Kombinationen möglich. Aber engagierte Frauen haben aufgrund der  
39 feministischen Forschungen und Engagements Einsicht in die Geschichte ihrer eigenen  
40 jahrhundertelangen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Diskriminierung. Daraus  
41 folgen die Energie, das Feuer und die Hartnäckigkeit, auch die fundamentalen Bedingungen für  
42 eine gewaltfreie Gesellschaft zu benennen und für sie einzustehen – privat wie politisch.

43

# 1 Forderungen «Frauen, Staat und Grundrechte»

2

## 3 **Umsetzung und Bekanntmachung der Istanbul-Konvention und des CEDAW**

4 Dafür müssen diese Konventionen bekannter gemacht werden, nach wie vor finden sie zu wenig  
5 Anwendung bei Behörden, Gerichten und Richter\_innen.<sup>30</sup> Wir fordern dazu Weiterbildungen, in  
6 denen Richterinnen und Richter sowie Staats und Rechtsanwältinnen und -anwälte und auch  
7 Behörden über die Übereinkommen, die dazugehörigen Fakultativprotokolle,  
8 die allgemeinen Empfehlungen des Ausschusses, die Empfehlungen des Ausschusses zum  
9 Berichterstattungsverfahren und seine Einschätzung von Individualbeschwerden sowie die  
10 Ergebnisse der Berichterstattung informiert und so in die Lage versetzt werden, diese  
11 Instrumente vor innerstaatlichen Gerichten anzuwenden oder geltend zu machen und  
12 innerstaatliches Recht entsprechend auszulegen.

13

## 14 **Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen**

15 Gewalt gegen Frauen und Mädchen kommt weltweit häufig und in allen Ländern vor. Auch die  
16 Schweiz ist hier keine Insel. Häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Zwangsprostitution,  
17 Frauen- und Mädchenhandel, Zwangsverheiratung und weibliche Genitalverstümmelung sind  
18 alles Phänomene, von denen Frauen in der Schweiz betroffen sind und die bekämpft werden  
19 müssen. Jede dritte Woche stirbt eine Frau in der Schweiz an den Folgen von häuslicher  
20 Gewalt. Im Jahr 2016 registrierte die Polizei im Durchschnitt 47 Straftaten pro Tag im  
21 Zusammenhang mit häuslicher Gewalt. (17 685 im Jahr 2016).<sup>31</sup> Ein Leben ohne Gewalt ist kein  
22 Privileg, sondern ein Menschenrecht.

23

## 24 **Umsetzung der Istanbul-Konvention**

25

26 Wir fordern daher eine vollumfängliche Umsetzung der Istanbul-Konvention, dh. eine verstärkte  
27 Koordination zwischen den Kantonen bezüglich häuslicher Gewalt und eine nationale  
28 Aktionsstrategie. Es müssen national genügend Schutzplätze für Betroffene von häuslicher  
29 Gewalt bereitgestellt werden. Stellen die Kantone nicht genügend Mittel zur Verfügung, hat der  
30 Bund einzuspringen. Die heutige Situation, in der die Frauenhäuser Betroffene von häuslicher  
31 Gewalt teilweise abweisen müssen und nicht genügend Schutzplätze zur Verfügung stellen  
32 können, ist nicht haltbar.<sup>32</sup>

33

## 34 **Partnerunabhängiger Aufenthaltsstatus bei häuslicher Gewalt**

35 Frauen aus Drittstaaten, deren Aufenthaltsstatus durch die Ehe an denjenigen des Ehemannes  
36 gekoppelt ist und welche häusliche Gewalt erlitten, haben nur dann einen Anspruch auf eine  
37 Verlängerung ihrer Aufenthaltsbewilligung, wenn die Ehegemeinschaft oder die Partnerschaft  
38 mindestens 3 Jahre gedauert hat. Zudem muss häusliche Gewalt nachgewiesen werden  
39 können. Die gängige Praxis der Behörden bei der Beweiserbringung ist teilweise willkürlich. In

---

<sup>30</sup>

[https://www.humanrights.ch/upload/pdf/161118\\_Concluding\\_Observations\\_CEDAW\\_Vorabfassung\\_2016.pdf](https://www.humanrights.ch/upload/pdf/161118_Concluding_Observations_CEDAW_Vorabfassung_2016.pdf).

<sup>31</sup> <https://www.terre-des-femmes.ch/de/medien/40-d/medienmitteilungen/516-mm-annahme-istanbul-konvention>.

<sup>32</sup>

[http://www.sodk.ch/fileadmin/user\\_upload/Fachbereiche/Opferhilfe/d\\_INFRAS\\_Schlussbericht\\_Fraue nh%C3%A4user.pdf](http://www.sodk.ch/fileadmin/user_upload/Fachbereiche/Opferhilfe/d_INFRAS_Schlussbericht_Fraue nh%C3%A4user.pdf)

1 gewissen Kantonen werden Fälle abgewiesen, obschon gemäss Bundesgericht die Beweislage  
2 für häusliche Gewalt klar ist.<sup>33</sup> Wir fordern einen partnerunabhängigen Aufenthaltsstatus für  
3 betroffene Frauen bei häuslicher Gewalt.

#### 5 **Frauen auf der Flucht**

6 Die Biografien von Frauen, die in die Schweiz flüchten, sind sehr verschieden. Ein zentrales  
7 Thema vieler Frauen mit Fluchterfahrung ist jedoch geschlechtsspezifische Gewalt, die sehr oft  
8 Teil der Verfolgungssituation im Herkunftsland ist. Sie charakterisiert ebenfalls die Gefahren auf  
9 der Fluchtrouten. Diese und andere frauenspezifischen Aspekte müssen in die Asylpolitik und –  
10 praxis einfließen. Dazu braucht es sensibilisierte Behörden und Fachpersonen, proaktive  
11 Unterstützung in frauenspezifischen Belangen sowie Zugang zu Schutz und Unterstützung für  
12 alle gewaltbetroffenen Frauen. Wir fordern zudem, dass Frauen die Gewalt im Ausland erfahren  
13 haben, den zustehenden Schutz erfahren und das Dublin-Abkommen für diese Frauen  
14 ausgesetzt wird.

#### 16 **Opfer von Frauen- und Menschenhandel in Asylverfahren**

17 Betroffene von Menschenhandel erleiden schwerste Verletzungen ihrer grundlegenden Rechte.  
18 Sie erleben nicht nur sexuelle, physische und/oder psychische Gewalt, sondern auch strukturelle  
19 Mehrfachdiskriminierung. Trotz gesamtschweizerischer gesetzlicher Grundlagen sowie einem  
20 zweiten nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels (NAP) fehlen  
21 einheitliche, Schweiz weite Standards, was zu grossen kantonalen Unterschieden, fehlender  
22 Rechtssicherheit und schliesslich zur Diskriminierung und Benachteiligung der Opfer führt. Die  
23 Umsetzung der Gesetzesgrundlagen und des NAP müssen dringend evaluiert und wo  
24 notwendig verbessert werden.

26 Umfassender Schutz muss weiter bedeuten, dass die Schweiz sicherstellt, dass alle Opfer  
27 spezialisierten Schutz und Unterstützung erfahren und ihre Opferrechte ab Verdacht  
28 wahrnehmen können. Hierzu gehört auch aufenthaltsrechtlicher Schutz. Dies, ist in der Schweiz  
29 nach wie vor nicht gewährleistet.

31 Im Asylverfahren werden zu wenige mutmassliche Opfer von Menschenhandel identifiziert.  
32 Wenn sie doch identifiziert werden, funktioniert der Opferschutz nicht. In der Asylunterkunft  
33 erhalten sie weder die nötige medizinische und psychosoziale Unterstützung, noch können sie in  
34 angemessener (z.B. geschlechtergetrennten), sicherer Unterkunft leben. Opferschutzstellen  
35 werden von den Asylbehörden in der Regel nicht pro-aktiv einbezogen.

36 Dublin-Fälle werden in der Regel ausgeschafft, bevor abgeklärt werden kann, was genau wo  
37 geschah. Opfer sind so der Gefahr des Re-Trafficking ausgesetzt, im Land, aus dem sie in die  
38 Schweiz geflohen sind. Falls sie in der Schweiz ausgebeutet wurden, können sie ihre  
39 Opferrechte nicht in Anspruch nehmen. Opfer auszuschaffen, spielt den Tätern in die Hände.

#### 41 **Aufhebung der Wehrpflicht**

42 Aus feministischer Perspektive ist klar: Die Wehrpflicht kann heute nicht  
43 aufrechterhalten werden. Sowohl diejenigen, die sie aus moralischen Gründen  
44 ablehnen, als auch diejenigen, die in ihr vor allem ein ungeeignetes und ungerechtes

---

<sup>33</sup> [http://www.sah-zh.ch/fileadmin/Dokumente/Ueber\\_das\\_SAHZH/Publikationen/Marc\\_Spescha\\_Geist\\_der\\_Abwehr.pdf](http://www.sah-zh.ch/fileadmin/Dokumente/Ueber_das_SAHZH/Publikationen/Marc_Spescha_Geist_der_Abwehr.pdf)  
, S. 10-13

1 Rekrutierungsmodell für eine auftragsgerecht verkleinerte Armee sehen, halten daher  
2 die Aussetzung der Wehrpflicht für dringlich. Die SP und die SP Frauen fordern daher  
3 die Aufhebung der Wehrpflicht und die Einführung einer Freiwilligenmiliz.

4

#### 5 **Vermehrter und paritätischer Einbezug von Frauen bei Friedensprozessen**

6

7 Wir fordern von der Schweiz die gleichberechtigte Vertretung von Frauen in  
8 friedenspolitischen Entscheidungsprozessen. Die gleichberechtigte Mitwirkung von  
9 Frauen hat auf allen Ebenen der Konfliktbearbeitung und Friedensentwicklung  
10 stattzufinden. Ebenso ist bei der Aushandlung und Umsetzung von  
11 Friedensübereinkünften eine Geschlechterperspektive zu berücksichtigen.

12

13

14

15

16

# 1 Feministische Kritik an der SP Schweiz

2 Unsere Gesellschaft weist auch im 21. Jahrhundert noch zahlreiche und diverse  
3 Ausprägungen von strukturellem Sexismus auf. Die SP ist dabei keine Insel. Auch wir  
4 Genossinnen und Genossen sind Teil dieser Gesellschaft und nicht gefeit vor (zum Teil  
5 unbewussten) Diskriminierungen. Stereotypisierung und ungleiche Massstäbe bei Männern\*  
6 und Frauen\* finden auch in der SP statt. Als ein Beispiel von vielen sei hier etwa das  
7 männlich-dominante Redeverhalten auf Podien und anderen parteiinternen und -externen  
8 Veranstaltungen genannt. Männer\* beanspruchen mehr Redezeit, unterbrechen häufiger,  
9 beziehen sich häufiger explizit aufeinander und werden so stärker wahrgenommen.  
10 Während diese Handlungsweise bei Männern\* eher positiv konnotiert ist, die Männer\* also  
11 als durchsetzungsstark und souverän gelten, wird Frauen\*, wenn sie ähnlich auftreten,  
12 dasselbe Verhalten nicht selten als zu forsch oder gar als arrogant oder zickig ausgelegt.  
13 Ausserdem bestehen immer noch zahlreiche männliche Netzwerke informeller Art innerhalb  
14 der Partei – Seilschaften, von welchen Frauen nicht profitieren.  
15 Immerhin hat in den letzten Jahrzehnten eine Sensibilisierung für die Ungleichheit zwischen  
16 Frauen\* und Männern\* innerhalb der Sozialdemokratischen Partei stattgefunden. So stellen  
17 die Frauen\* in den SP-Fraktionen in kommunalen, kantonalen und nationalen Parlamenten  
18 einen beachtlichen Anteil – auch wenn die Verteilung sehr unterschiedlich ist und auch  
19 gegenläufige Tendenzen zu beobachten sind. Die Exekutiv-Posten sowie prestigeträchtige  
20 Ämter wie das Ständeratsmandat, das Fraktionspräsidium oder auch das nationale  
21 Parteipräsidium hingegen waren auch in den letzten Jahrzehnten überdurchschnittlich  
22 männlich besetzt und sind dies noch immer. Geschlechter- und Familienthemen werden  
23 innerhalb der SP vornehmlich von Frauen bearbeitet, während sich Männer tendenziell eher  
24 mit Wirtschafts- und Steuerfragen – die als gewichtiger wahrgenommen werden -  
25 beschäftigen. Männer\* fühlen sich kaum bis nie verantwortlich dafür, Themen wie  
26 Familienpolitik, Gleichstellung oder frauenspezifische Anliegen in den Sozialversicherungen  
27 zu besetzen und ihr politisches Engagement primär da zu investieren, obwohl es genauso  
28 ihre Aufgabe wäre. Diese unterschiedliche Themenwahl ist nicht einfach zufällig, sondern es  
29 zeigt sich darin die Sozialisierung in unterschiedlichen Männer\*- und Frauen\*-Rollen. Wenn  
30 es der SP ernst damit ist, die Gesellschaft so transformieren zu wollen, dass Frauen\* und  
31 Männer\* gleichgestellt sind, dann ist es ihre Aufgabe, gezielt Frauen\* in Steuer- und Finanz-,  
32 Männer\* in Familien- und Gleichstellungsfragen aufzubauen und zu fördern. Ausserdem  
33 dürfen Familien- und Gleichstellungsfragen nicht weiter vor allem dann in den Vordergrund  
34 gerückt werden, wenn es aus taktischen Gründen gerade opportun erscheint. Eine  
35 emanzipatorische Familien- und Gleichstellungspolitik ist einerseits genauso ein Wert an  
36 sich wie eine zentrale Voraussetzung einer progressiven Wirtschaftspolitik.  
37 Wir Frauen\* stellen uns eine Sozialdemokratie vor, für welche die Gleichstellung aller  
38 Geschlechter nicht nur ein Nebenschauplatz, sondern ein zentraler Pfeiler der politischen  
39 Reflexion und des politischen Handelns darstellt. Ebenso wollen wir eine Sozialdemokratie,  
40 in welcher das eigene Geschlecht sich weder im Verhalten noch im Umgang manifestiert  
41 oder für die Karrierechancen eine Rolle spielt. Für unser politisches Schaffen ist das  
42 Geschlecht völlig irrelevant: Wir wollen, dass jede und jeder sich nach ihren und seinen  
43 Neigungen und Fähigkeiten aktiv einbringt und entsprechend gefördert wird. Solidarität  
44 zwischen den Geschlechtern soll ein wesentlicher Teil der sozialdemokratischen Identität  
45 darstellen und jederzeit gelebt werden. Wir kämpfen gemeinsam für eine Gesellschaft freier  
46 Menschen.

## 1 Forderungen:

2

### 3 · **Aktionsplan für Gleichstellung:**

4 Wir fordern von der SP Schweiz, dass gleichstellungspolitische Themen zum Kernthema  
5 werden. Dazu soll bis Mitte 2018 ein Aktionsplan ausgearbeitet werden, der aufzeigt, mit  
6 welchen konkreten Massnahmen die Partei sich diesem Thema in den nächsten Jahren  
7 annimmt. Dieser Aktionsplan enthält auch Massnahmen um zu erreichen, dass  
8 Positionierungsprozesse in der SP Schweiz immer aus einer feministischen Perspektive  
9 vorgenommen werden.

10

### 11 · **Mehr Ressourcen für feministische Arbeit:**

12 Wir fordern eine Personalstrategie mit geeigneten Massnahmen, um Frauen\* gezielt zu  
13 fördern, etwa mittels eines effektiven Womentoring-Programms. Es soll selbstverständlich  
14 sein, dass Frauen\* parteiinterne und -externe Ämter innehaben – besonders auch die  
15 prestigeträchtigen. Um dies zu erreichen braucht es dringend mehr finanzielle Ressourcen,  
16 unter anderem für feministische Bildungsarbeit. Damit können Bildungs- und  
17 Trainingsangebote exklusiv für Frauen\* angeboten werden, zum Beispiel mit besonderem  
18 Fokus auf Wirtschafts- und Finanzpolitik.

19

### 20 · **Studien zu gleichstellungspolitischen Fragen:**

21 Wir fordern, dass die Fraktion der SP Schweiz Studien zu gleichstellungspolitischen Themen  
22 finanziert. Denn um eine feministische Politik umsetzen zu können, brauchen wir mehr  
23 Grundlagen und Analysen. Oft fehlen Zahlen, um die Auswirkungen von politischen  
24 Entscheidungen für die Frauen\* zu beziffern. Die SP Schweiz soll Gender-Budgeting  
25 vermehrt in den Fokus nehmen.

26

27 · **In den Parteiführungsgremien sollen beide Geschlechter angemessen vertreten**  
28 **sein.** Dies gilt auch für die Führungspositionen. Bei einer Vakanz im Fraktionspräsidium  
29 oder Parteipräsidium sollte sichergestellt werden, dass nicht beide Spitzenpositionen dem  
30 gleichen Geschlecht angehören.

31

### 32 · **Keine SP-Männer auf All-Male-Pannels:**

33 Wir fordern, dass Sozialdemokraten sich mit den Frauen\* solidarisieren und entsprechende  
34 Plattform-Angebote ablehnen. Wir erwarten von den Männern in der SP, dass sie selber  
35 nicht nur vom gleichstellungspolitisch fortschrittlichen Image der SP profitieren, sondern  
36 Gleichstellung in ihrem politischen Alltag auch selber leben.

37

38 · **Die parteiinterne Diskussion soll von Frauen\* und \*Männern gemeinsam geprägt**  
39 **werden.** Es darf nicht sein, dass Diskussionen nur von Männern\* dominiert werden. Frauen\*  
40 müssen den Raum haben, sich zu melden und sich in die Diskussion einzumischen. Dazu  
41 braucht es unter anderem Vorbilder und eine gute Diskussionskultur. Um herauszufinden, ob  
42 der diskursive Raum innerhalb der SP egalitär ausgestaltet ist und ansonsten  
43 gegebenenfalls Massnahmen ergreifen zu können fordern wir, dass ab sofort konsequent  
44 ein Gender-Watch-Protokoll pro SP-Delegiertenversammlung (und Parteitag) erstellt wird.

45

46 · **Kinderbetreuung an SP-Delegiertenversammlungen und –Parteitagen:**

- 1 Um auch Menschen mit Betreuungspflichten zu ermöglichen, sich parteiintern zu
- 2 engagieren, sollen an den grösseren Veranstaltungen der SP, wie auch an Tagungen, eine
- 3 Kinderbetreuung angeboten werden.
- 4
- 5 · **Geschlechtergerechte Sprache:**
- 6 In der SP wird in der Kommunikation Wert auf eine geschlechtergerechte Sprache gelegt.
- 7 Wenn Anträge dem nicht entsprechen, werden sie korrigiert oder mit dem entsprechenden
- 8 Hinweis an die Verfasser\*innen zurückgewiesen.
- 9
- 10